

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 zl.
monatl. 4,80 zl. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 zl. Bei
Post bezug vierteljährlich 16,16 zl. monatl. 5,39 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl.
Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 RM. — Einzelnummer 25 gr. Dienstaags- und
Sonntags-Nummer 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung usw.) hat der Be-
zieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung ob Rückzahlung des Bezugspreises.

Kernruf Nr. 594 und 595

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einspal-
tige Neillamezeile 125 Groschen. Danzig 10 hz. 80 Dz. Vf.
Deutschland 10 hz. 70 Goldpf., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platz-
vorchrift und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postleitzahlen: Posen 202157. Danzig 2528. Stettin 1247.

Nr. 279.

Bromberg, Donnerstag den 3. Dezember 1931.

55. Jahrg.

Der Standpunkt Frankreichs.

Auf Grund der letzten Rede des französischen Ministerpräsidenten Laval in der Deputiertenkammer umschreibt der „Kurier Poznański“ den Standpunkt Frankreichs in der internationalen Politik in einem längeren Zitatartikel, dem wir die folgenden Sätze entnehmen:

„Die Bedeutung der Lavalischen Rede beruht darauf, daß der französische Ministerpräsident in sehr entschiedener Weise den Rahmen bezeichnet hat, in dem sich seine Politik in nächster Zeit bewegen werde. Anlässlich der bevorstehenden internationalen Beratungen über die Frage der Reparationen hat er sich selbst und der Regierung öffentlich so genaue Instruktionen erteilt, daß diese bei den vertraulichen Verhandlungen nicht unberücksichtigt bleiben können. Bei dem Druck, der von allen Seiten auf Frankreich ausgeübt wird, wollte Laval sich gegenüber dem Lande offen verpflichten, um zur Abwehr der Angriffe gegen ihn die Kraft zu haben. Der Standpunkt Frankreichs wurde in dieser Weise klar umschrieben. Diese Tatsache ist wichtig, da ohne Einverständnis Frankreichs heute in der Welt nichts geschehen kann. Die Rede Lavals bestrafte hauptsächlich die deutschen Verhältnisse oder genauer gesagt die Frage der Reparationen. Der Charakter dieser Reparationen ist für Herrn Laval „heilig“. Es kann also von einem Verzicht Frankreichs auf die Entschädigungen nicht die Rede sein, was aber Deutschland verlangt, indem es aus den Wirren der Krise Ruhm zieht.“

Das Blatt zitiert dann aus der Rede Lavals die scharfe Kritik an Deutschland und die Erklärung Lavals, daß Frankreich seine Pflichten erfüllt habe; aber es gebe Grenzen, die nicht überschritten werden dürften. Dann heißt es in dem polnischen Artikel weiter:

„Welches sind nun diese Grenzen? Vor allem kommt es auf die Wiederkehr des Vertrauens an und dieses wird wieder hergestellt, wenn das geschriebene Wort und die ausgetauschten Unterschriften beachtet werden. Die Frage der Achtung vor den Verträgen wurde also von Herrn Laval nicht übergangen. Und was die Frage der Reparationen anlangt, so stellt diese Herr Laval wie folgt dar: 1. Des Komitee das auf Grund des Youngplans die Zahlungsfähigkeit Deutschlands prüfen soll, wird nicht einen endgültigen neuen Plan für die Entschädigungen aufstellen dürfen, sondern nur Erleichterungen für die Zeit der wirtschaftlichen Depression; 2. Frankreich erklärt sich mit Entschädigungen einverstanden entsprechend den Erwägungen, die es selbst bei der Bezahlung seiner Kriegsschulden erhält; 3. Frankreich erklärt sich mit der Aushebung des unbedingten Teils der Entschädigungen nicht einverstanden; 4. Frankreich erklärt sich mit dem Vorrecht der privaten deutschen Schulden vor den politischen Schulden (den Reparationen) nicht einverstanden, auch wenn das Baseler Komitee bei einer Prüfung der deutschen Wirtschaft bei seinen Feststellungen die kurzfristigen Schulden berücksichtigen sollte.“

Die Thesen Lavals stehen vollständig im Widerspruch mit den deutschen Thesen. In der deutschen Presse herrsche Bestürzung... Nicht besser steht es damit in der englischen und amerikanischen Presse, die die Ansichten der Bankiers zum Ausdruck bringt, die in Deutschland eingefrorene Kapitalien besitzen. Wenn Frankreich nicht mithilft bei der Erledigung der kurzfristigen Kredite, wird Deutschland offiziell seinen Bankrott erklären und Frankreich verliert seine Entschädigungen.“ So urteilt die „Times“. Eine amerikanische Zeitung war, nachdem sie die Rede Laval gelesen hatte, erfreut darüber, daß in drei Monaten nicht mehr die Menschen die Ereignisse lenken werden, sondern daß die Menschen den Ereignissen gelenkt werden würden. Indessen Herr Laval sagte nur das, was das französische Volk fühlt und denkt. Die Entwicklung der Situation in der Welt hat in Frankreich das Gefühl, daß für die eigene Sicherheit gesorgt werden müsse, gestärkt. Das, was sich auf dem Pariser Abrüstungskongress abgespielt hat, ist eine bereite Illustration der Wandlungen in Frankreich. Das französische Volk fürchtet, daß sein Hab und Gut in dem allgemeinen Weltbankrott untergehen könnte und daß man Frankreich angesichts des Hitler-Deutschlands abrüsten könnte. In einigen Monaten finden in Frankreich die Wahlen statt. Zu einer solchen Zeit hat die Regierung mehr als sonst mit der öffentlichen Meinung zu rechnen. Die Rede Laval war der Ausdruck des Denkens der weitesten Kreise und hatte den Zweck, die Befürchtungen zu beseitigen. Die öffentliche Meinung in Frankreich drängte seit langer Zeit auf eine Änderung des Stils der französischen Auslandspolitik. Es ist aufgefallen, daß Laval nicht mit einem Worte des Völkerbundes gedacht hat. Und Briand erschien überhaupt nicht zur Sitzung der Kammer, obgleich dort über sein Recht verhandelt wurde. Es treten in der Welt große Veränderungen ein. Ist sich die polnische Auslandspolitik darüber klar, oder sieht sie noch in der „internationalen Solidarität“?

So sieht der „Kurier Poznański“ die Stellungnahme Frankreichs zu den internationalen Fragen an, die in den nächsten Wochen und Monaten die Weltpolitik beherrschen werden. Wir können uns bei der Kritik dieser Ausführungen kurz fassen. Wie immer wird auch hier dem kritiklosen Leser eingehämmert, daß Laval und mit ihm Frankreich um die „Sicherheit“ des Landes besorgt seien und deshalb zu gewissen Konzessionen nicht bereit seien könnten. Wie ist diese Behauptung mit dem kurz vorher geprägten lapidaren Satz vereinbar, daß heute ohne Einverständnis Frankreichs

in der Welt nichts geschehen könne? Also auf der einen Seite das stolze Wort von der Allmacht Frankreichs als arbiter mundi und andererseits das hysterische Angstgewissel, daß Frankreich mit seinem Millionenheer und seinen Tuhenden von Grenzfestungen, von denen jede ihrer Stärke nach Verdun in den Schatten steht, von dem gleich abgerückten Deutschland überwältigt werden könnte. Dieser Widersinn ist dem Posener polnischen Blatte in seinem unstillbaren Deutschenhaß nicht klar geworden.

Ebenso widersinnig ist das Gerede von der Achtung der Verträge. Im Versailler Vertrag steht, daß nach der Abrüstung Deutschlands auch die anderen Mächte abgurüsten haben. Die Siegerstaaten haben sich feierlich dazu verpflichtet. Aber an dieser Bestimmung geht man in großem Bogen vorbei. Wenn man von der Achtung der Verträge spricht, so denkt man nur an diejenigen Bestimmungen, die den Siegerstaaten von Vorteil sind. Für diesen internationalen Standort ist Frankreich verantwortlich.

Ob das Programm Lavals, von dem der „Kurier Poznański“ so entzückt ist, echt ist, d. h. ob es nicht ad usum delphini, in diesem Falle mit Rücksicht auf die bevorstehenden französischen Wahlen stark retuschiert ist, und wenn es echt sein sollte, ob es in der Praxis die Feuerprobe bestehen wird, wird abzuwarten sein. In letzterem Falle würde Laval wahrscheinlich die für ihn betrübende Wahrnehmung machen, daß die Ideale nur in lustigen Höhen bestehen, daß aber Hart im Raum sich die Sachen stoßen. Lavals Programm würde an den eigenen Interessen Frankreichs sein größtes Hindernis finden, denn die „Times“ haben schon recht, wenn sie schreiben, daß Frankreich, wenn es darauf abfährt, Deutschland bankrott zu machen, selbst den größten Schaden davon haben würde. Und nicht Frankreich allein, sondern die ganze Welt. Und das sollten sich die Chauvinisten auch bei uns im Lande in erster Linie gesagt sein lassen.

Ist es gleich Wahnsinn, hat es doch Methode . . .

In der „Action Française“, dem Organ der französischen Monarchisten, lesen wir folgende Phantasien:

„Der Krieg von 1914, von Deutschland gewollt und von langer Hand von ihm in Frankreich vorbereitet, ist gekommen, als man gerade daran war, eine Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland herbeizuführen. Er ist gekommen unter dem Zeichen zweier Verräte: Ceilloux und seines Agenten Alfonso Lenot. Der Krieg von morgen, genannt der Rechampe-Krieg (Ludendorff versichert, daß er im Mai kommen werde) wird das Zeichen Brands und einiger Bankiers erhalten, die in seine pazifistische Kampagne verwickelt sind, die vermischt ist mit Schwindel, Ignoranz und Illusion.“

Das Blatt redet dann lang und breit davon, daß der Papst und die französischen Bischöfe die Pazifisten, die natürlich in den Augen der „Action Française“ Verbrecher sind, segnen. „Dies alles“, so fährt das Blatt dann fort, „können man übergehen, wenn nicht die Aussicht drohte, daß in einigen Wochen oder Monaten die Hekatomben Belgiers, Frankreichs und anderer sich wiederholen werden, die den pazifistischen Phrasen der Cecil, Dorah, de Joupenel und anderer Poenreizer und Duvalkow geopfert werden, die Phrasen von Leuten, die hierher kommen, um die Abrüstung zu predigen, während Deutschland den Krieg will, den Krieg ruft, den Krieg herbeiseht, die Notwendigkeit, des Krieges proklamiert, seine Kanonen vervielfacht, seine Luftlinien, seine Tankfabriken, seine Kreuzer, seine Unterseeboote, und während es die Milliarden von Frankreich, England und Amerika in die Schmelzöfen wirft. Es naht der Versfalltag, herbeigeführt durch die Kampagne für die Abrüstung, für die ökonomische, industrielle und kommerzielle Brüderlichkeit der Völker (die ihre Grenzen abriegeln), durch die Kampagne für eine einheitliche Währung, für eine einzige Sprache, für eine einzige europäische Seele und zehn andere Eseleien und Schwindeleien derselben Käublers, die nie zu etwas anderem geführt haben im Laufe der Zeiten als zur Erneuerung der Schlächtereien und der Wildheit.“

Nach diesem phantastischen Erguß beschließt das Blatt seinen Artikel mit dem Ruf milden Hasses: „Eine einzige Hoffnung bleibt uns für die Tage, die uns noch von dem „pazifistischen Krieg“ trennen: der vollständige Ruin Deutschlands — ich verstehe darunter den radikalen Ruin —, die Untergrabung aller Banken, die seine (Deutschlands) Revanche-Werkzeuge zu Lande, zu Wasser und in der Luft subventionieren. Es bleibt uns noch die Hoffnung auf das allgemeine Elend und den Bürgerkrieg (in Deutschland), die normalerweise daraus entstehen müssen. Die Deutschen haben Belgien und Frankreich morden wollen; es ist ihnen nicht gelungen; sie haben nur einen einzigen Gedanken: von neuem anzufangen. Auch wir sollten nur einen Gedanken haben: sie nicht bloß sieden sondern in der Sauce ihres Hasses verrecken zu lassen.“

So bereiten die bis an die Bühne gerüsteten französischen Nationalisten das Friedenszeitalter vor. So wird das entwaffnete Deutschland vorleumdet und besiegt! Ist es gleich Wahnsinn, hat es doch Methode!

Die Rolle der polnischen Delegation

auf der Pariser Abrüstungskonferenz

In einem Kommentar zu der internationalen Abrüstungskonferenz in Paris schreibt der Givet im „Ordre“:

Die Mitglieder des Kongresses hatten offenbar den Eindruck, daß ihr Manöver dank der gesunden Vernunft (!) des französischen Volkes mißlungen sei. Denn ihre Entschließung wurde endgültig zu einem Fiasco verurteilt. Freilich verdanken wir dies der polnischen Delegation, die unverzüglich von der rumänischen und der tschechoslowakischen Delegation unterstützt wurde. In der ersten Sitzung ergriff ein Delegierter aus Warschau das Wort, der erklärte, daß die polnische Delegation nicht für die Entschließung stimmen werde, in der es heißt, daß die Abrüstung von erstklassiger Bedeutung für den Frieden sei, sofern zu der Resolution nicht die Worte hinzugesetzt werden sollten: „in engem Zusammenhang mit der Sicherheit“. Gerade diese Abänderung wurde von der rumänischen und der tschechoslowakischen Delegation unterstützt. Dem Kongress blieb daher nichts anderes übrig, als entweder für die Entschließung mit der erwähnten Abänderung zu stimmen, oder sich der Eventualität anzusehen, daß eine Einmütigkeit nicht erreicht wird. Die zweite Hypothese war sehr gefährlich, da sie das ganze Gebäude der Abrüstungskonstruktion hätte zerstören können. (Das wäre eine befreiende Tat gewesen! D. R.) Man wählte also den mittleren Weg, indem man sich entschloß, auf jegliche Entschließung zu verzichten. Der Charakter der drei Opponenten ist höchst bezeichnend; denn es handelt sich um die Delegierten von Ländern Osteuropas, die sich im direkten Kontakt entweder mit Deutschland oder mit der Sowjetunion oder mit beiden Staaten zugleich befinden. Es sind Delegierte von drei Ländern, die durch ihre Freundschaft gut bekannt sind, denen der Friede unmöglich notwendig ist, die sich aber besser als irgend ein anderer Rechenschaft darüber ablegen können, was ihnen vorsteht. sollte der Gedanke an die Abrüstung Europas eine feste Gestalt annehmen.“

Möglicher wäre folgende Begründung gewesen: Es handelt sich um die Delegierten jener drei Staaten, die mit Frankreich ein Militärbündnis geschlossen haben. Das ist bezeichnend!

Flandin abgeblitzen.

„Französisch-englische Mizverständnisse.“

England fordert die vollkommene Streichung der Tribute und der interalliierten Schulden.

Paris, 2. Dezember. Die gestrigen Morgenblätter veröffentlichen ausführliche Berichte über die Londoner Reise des französischen Finanzministers Flandin. Nach seiner Rückkehr gewährte Flandin Pressevertretern eine Unterredung, aus der ausdrücklich hervorgeht, daß in verschiedenen wichtigen Fragen ernstliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England bestehen. Flandin gibt selbst zu, daß er sich mit dem englischen Außenminister Simon und dem Schatzkanzler Chamberlain über die Tribute, die interalliierten Schulden und die kurzfristigen Kredite unterhalten hat. Trotzdem diese Gespräche einen durchaus privaten Charakter getragen haben, hat er bei dieser Gelegenheit den Eindruck gewonnen, daß sich die englischen Ansichten von dem französischen Standpunkt sehr unterscheiden, und daß die künftige Regierungskonferenz so manche harte Nüsse zu kneten haben wird.

„Journal“ und „Excelsior“ schreiben übereinstimmend, daß England die vollkommene Streichung der Tribute und der interalliierten Schulden fordern werde. England vertrete den Standpunkt, daß nur ein solcher Schritt die Belebung auf dem internationalen Markt sicherstellen könne. „Journal“ fügt, offenbar auf Grund einer vertraulichen Mitteilung von Flandin, hinzu, daß der Standpunkt Chamberlains weniger unnachgiebig sei, als der der anderen englischen Minister. „Excelsior“ ist der Meinung, daß sich die Englische Regierung absichtlich sehr weite Grenzen gezogen habe, um in den künftigen Konferenzen eine größere Freiheit zu haben.

Am Montag abend hatte Flandin eine Unterredung mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich, dessen zwei Vertretern und einigen höheren Finanzbeamten. Nach London sollen sich einige Beamte des Handelsministeriums begeben, um Verhandlungen mit dem Handelsministerium einzuleiten. An diesen Verhandlungen sollen auch Vertreter von einigen anderen Staaten teilnehmen, denen die englische Diplomatie Schaden zugefügt hat.

Der Stimmungsumschwung in England.

Der britische Außenminister Sir John Simon und Schatzkanzler Neville Chamberlain und Handelsminister Hunciman erstatteten am Dienstag abend dem Ministererrat Bericht über das Ergebnis ihrer Aussprache mit Flandin, der bereits England wieder verlassen hat. Das Geheimnis der Unterredung wird von den amtlichen Stellen nach wie vor ängstlich gehütet. Das „Hamburger Fremdenblatt“ erfährt jedoch von unterrichteter Seite, daß Abmachungen bestimmter Art nicht getroffen worden sind. Die Engländer haben sich im wesent-

nchen darauf beschränkt, den Darlegungen Gehör zu schenken, die Flandin ihnen Flandin mache. Dieser hat sich dabei, was ganz besonders anzumerken ist, ängstlich an die unerhörten Überungen Lavals vor der französischen Kamer gehalten. Auf dieser Basis dürfte eine Annäherung der Standpunkte der beiden Mächte nicht möglich gewesen sein. Dabei wurde das gesamte Gebiet der internationalen Politik von den Zolldifferenzen und der englischen Währungsfrage bis zum Reparationsproblem debattiert.

Der französische Finanzminister wird aus England den Eindruck mitgenommen haben, daß sich ein erstaunlicher Stimmungsumschwung vollzogen hat. Wenn er sich der Mühe unterzogen hat, die heutigen Londoner Blätter nach Paris mitzunehmen, dann wird er seinen Kollegen einen Eindruck vermitteln können von der ganz außerordentlichen Verständigung, die der Kurs Lavals hierzulande erzeugt hat. Auskünfte offener Franzosenfeindschaft begegnet man immer häufiger und gerade auch in solchen Kreisen, denen man sie bislang nicht zugetraut hätte. Der vollkommene Mangel an Verständnis, den die Pariser Presse nach hiesiger Auffassung für die augenblickliche Lage Englands beweist, trägt dazu bei, die Lust amischer Pariz und London nicht zu föhren.

Ganz große Aufmachung finden hier die erstaunlichen Ausfälle einer französischen Wochenzeitung gegen England. Es handelt sich um eine frühere Schützenabzeitung Le Crapauillot, die eine Sondernummer „Die Herren Engländer“ herausgegeben hat. Diese hätte von den französischen Behörden verboten werden müssen. Die Bissensbrüder des Krieges ist darin vollkommen vergessen. Es wird auf alte antibrüttische Illustrationen aus der Zeit des Burenkrieges zurückgegriffen. Englische Soldaten misshandeln Burenfrauen, und John Bull lehnt sich auf einem anderen Bilde über seine Diamanten und sein Gebetbuch. Einer der begleitenden Artikel trägt den Titel „Der Fall des Pfund Sterling und des Weltreiches“. Hierzu schreibt das Organ Beaverbrooks, der Evening Standard:

„Hinter dieser Hassorgie verbirgt sich die Furcht, und zwar nicht für die Zukunft Englands, sondern für die Vorherrschaft Frankreichs in Europa. In französischen Augen besteht unsere wirkliche Sünde darin, daß wir uns nicht an dem Ziel Frankreichs, Deutschland niederzuhalten, beteiligen. Sämtliche Artikel stimmen darin überein, daß unser Weltreich dem Untergang geweiht ist und daß unsere überseeischen Besitzungen sich nach den Vereinigten Staaten orientieren. Im gleichen Atemzuge werden uns Lösungen der schwedenden Fragen angeboten, mit anderen Worten: „diese freundlichen Herrschaften stellen, nachdem sie uns mit der Rute der französischen Überlegenheit geziichtet haben, die Rettung durch ein Bündnis mit Frankreich oder durch eine Eingliederung in die Vereinigten Staaten von Europa in Aussicht. Stolz auf die blinde Logik ihrer eigenen unveränderlichen Politik behaupten sie, daß wir geistig nicht in der Lage sind, zu entscheiden, welchen Weg wir zu gehen wünschen. Ihr geäfftiges Interesse an unserer Zukunft sollte uns mindestens helfen, unsere eigenen Entschlüsse zu fassen.“

Der Außenminister von S.H.S. in Warschau

Warschau, 2. Dezember. (PAT) Der jugoslawische Außenminister Marinkowicz ist mit seiner Gattin am heutigen Mittwoch früh in Warschau eingetroffen. In seiner Begleitung befinden sich der Direktor des politischen Departements des jugoslawischen Außenministeriums Carewicz, der Direktor des Wirtschaftsdepartements Pilja, der Kabinettschef des Ministers Kawarewicz, sein Privatsekretär Pawlowicz, sowie der polnische Gesandte in Belgrad, Wladyslaw Schwarzbürg-Günther. Bis zur Grenze war dem Minister der jugoslawische Gesandte in Warschau Lazarowicz im Flugzeug entgegengeflogen.

Nach dem offiziellen Empfang auf dem Bahnhof begab sich der serbische Gast nach dem „Hotel Europeiski“, wo für ihn besondere Gemächer vorbereitet worden waren. Zunächst stattete Minister Marinkowicz eine Reihe von offiziellen Besuchen ab, und mittags legte er am Grabe des unbekannten Soldaten einen Kranz nieder. Danach gab ihm zu Ehren der Präsident der Republik im Königlichen Schloss ein Frühstück. Abends fand beim polnischen Außenminister August Baleski ein Diner und ein Empfang statt. Am morgigen Donnerstag sollen einige zwischen Jugoslawien und Polen abgeschlossene Abkommen feierlich unterzeichnet werden.

Dr. Boleslaw Boleslaw Marinkowicz ist am 1. Mai 1878 in Belgrad geboren. Sein Vater war Senatspräsident und Minister. Die Mittelschule absolvierte er in Belgrad, die Universitätstudien in Paris, wo er den Doktorstitel der juristischen Fakultät erlangte. Seit dem Jahre 1906 wurde er ständig zum Abgeordneten aus dem Department Posarevac gewählt. Minister war er zum ersten Male im November 1914; er hatte damals das Portefeuille der Nationalwirtschaft inne, außerdem vertrat er den Finanzminister. Seit der Vereinigung der Serben, Kroaten und Slowenen nahm Marinkowicz lebhaften Anteil am politischen Leben des neuen Staates. Er war bis zum Jahre 1922 Inneminister. Im Jahre 1924 wurde ihm das Portefeuille des Außenministers übertragen.

Lodesurteil wegen Spionage.

Posen, 2. Dezember. Am Montag stand hier seit vielen Jahren die erste Sitzung des militärischen Standgerichts statt. Zu verantworten hatte sich der Soldat Franz Bruno Klomke, 28 Jahre alt, gefürtig aus Lissa, der seit Juli d. J. im 68. Infanterie-Regiment in Wreschen seiner Militärschuld genügte. Die Anklageschrift warf ihm vor, daß er für den deutschen Nachrichtendienst tätig gewesen sei. Nachrichten über den Stand der polnischen Armee, über die Verteilung des Militärs usw. weitergegeben, somit Spionage getrieben habe. Zum Beweise dafür legte man dem Angeklagten Photographien seiner Briefe vor, die er nach Deutschland geschickt hatte.

Vormittags 11 Uhr wurde das Urteil gefällt, das auf Todesstrafe durch Erschießen lautete. Unverzüglich nach der Verkündung des Urteils richtete der Verteidiger Klomkes telegraphisch ein Gesuch an den Präsidenten der Republik um Begnadigung. Nachmittags 3 Uhr traf die Nachricht ein, daß der Staatspräsident von dem Begnadig-

ungsrecht keinen Gebrauch gemacht habe. Eine Stunde darauf wurde Klomke auf dem Schießstand VIII standrechtlich erschossen.

Kardinal Slond

gegen das neue polnische Chegeley.

Das letzte Heft des „Miesiecanik Kościelny“ der Erzbischof Gnesen und Polen bringt eine wichtige Anordnung des Kardinals Dr. Slond zum neuen polnischen Chegeley. Der Primas von Polen ordnet an, daß der Hirtenbrief des Episkopats von allen Pfarrern von den Kanzeln verlesen werde. An dem gleichen Sonntag soll nach jeder Messe das Lied „Unter deinem Schutz“ gesungen werden. Die Gemeinde sei darüber aufzuklären, daß dieser Wechselgelang als Bitte um die Abwendung des Unglücks gesungen werde, das für das katholische Volk in Polen aus dem Gesetzentwurf entstehen könnte. Die „Katholische Aktion“ und alle katholischen Organisationen hätten entsprechende Entschließungen gegen den Gesetzentwurf zu fassen.

Der Primas gibt der Hoffnung Ausdruck, daß auch nicht-katholische Organisationen eine derartige Resolution fassen werden. Alle Organisationen, die für den erwähnten Gesetzentwurf eintreten oder ihn in irgendeiner Weise unterstützen und die Ehescheidung empfehlen, seien als antikatholisch anzusehen. Solchen Organisationen anzugehören, sei Katholiken unbedingt verboten. Am 8. Dezember sollen besondere Bittgottesdienste stattfinden. Zum Schlus fordert der Primas die katholische Presse auf, mit großer Entschiedenheit für die Unantastbarkeit der Familie in Polen einzutreten.

Bedeutend erscheint es bei dieser Anordnung des Kardinals, daß das Verbot der Zugehörigkeit zu Organisationen, die das neue Chegeley befürworten, sich sinngemäß auch auf die Regierungspartei erstrecken würde, wenn sie das Eintreten für die Reform zum Parteizwang macht.

Wiedereröffnung der Wilnaer Universität.

Wilna, 1. Dezember. Gestern wurden die Vorlesungen in der Stefan-Batory-Universität in vollem Umfang wieder aufgenommen. Bei dem Eintritt der Studenten in das Universitätsgebäude wurden ihre Legitimationen genau geprüft. Fremde Personen wurden in die Universität nicht hingelassen. Die Vorlesungen verließen ohne jede Ruhestörung bei einer bedeutend größeren Frequenz der Hörer. Zur Vermeidung eventueller Missverständnisse sahen die arischen Studenten und die Juden getrennt. Im vierten Kursus der Medizin nahmen die jüdischen Studenten zur rechten und linken Seite des Saales Platz. Als man an sie das Eruchen richtete, nur die linke Seite einzunehmen, erhoben sich die Juden und standen während der ganzen Zeit der Vorlesungen.

Am Sonntag versuchten allpolnische Studenten in der Stadt Flugblätter zu verteilen, die jedoch beschlagnahmt wurden. Von den Stadtmauern wurde auch ein Aufruf einiger Korporationen entfernt, in dem der Standpunkt dieser Organisation zu den letzten Ereignissen dargelegt war.

Der Spruch des Korridor-Schiedsgerichts.

Das deutsch-polnisch-Danziger Schiedsgericht für den Eisenbahndurchgangsverkehr von Deutschland durch den Korridor nach Ostpreußen, das am Freitag in Danzig zusammengesetzt, hat gestern seine Beratungen beendet. Wie wir bereits berichteten, hatte sich diese Kurie mit zwei Klagen zu beschäftigen, und zwar einem Lageantrag des Deutschen Reiches gegen Polen betreffend Tariffragen des Eisenbahndurchgangsverkehrs durch den Korridor und einem Lageantrag Polens gegen Deutschland betreffend die von deutscher Seite bisher verworfene Zahlung von Brückengeld bei dem Passieren der Eisenbahnbrücke in Dirschau durch Eisenbahntransporte des Transitverkehrs von und nach Ostpreußen.

Der Spruch hat, die die Polnische Telegraphen-Agentur meldet, folgenden Wortlaut:

„Das Schiedsgericht ist der Meinung, daß es zweifelhaft ist, ob man im gegenwärtigen Stadium der beiden Prozesse den Anträgen der Parteien in vollem Umfang oder sogar zum größeren Teile wird stattgeben können. Das Schiedsgericht hält es für sehr erwünscht, daß die Parteien bei diesem Stande der Dinge in allen strittigen Fragen auf dem Wege von direkten Verhandlungen zu einer Verständigung gelangen. Zu diesem Zwecke hat das Schiedsgericht eines seiner Mitglieder, den Departementsdirektor Moskwa, zum Vorsitzenden der eventuellen direkten Schlichtungsverhandlungen bestimmt.“

Die Budapester Verhaftungen.

Über die Verhaftungen in der ungarischen Hauptstadt, die zu falschen Putschgerüchten Anlaß gaben und von denen wir bereits gestern Notiz nahmen, weiß die Wiener „Neue Freie Presse“ folgendes zu berichten:

Der Budapester Polizei war es aufgesessen, daß viele Personen ohne Waffenpaß über moderne Waffen verfügen. Die Erhebungen, die im Zusammenhang mit einer Nazia angefertigt wurden, führten die Polizei auf die Spur einer Organisation. Es wurde festgestellt, daß sich verschiedene Personen, die nach dem Umsturz in den irregulären Detachements eine berüchtigte Rolle gespielt hatten, vielfach mit dem Gericht in Kontakt gerieten und bestraft worden waren, nunmehr eine Organisation schufen, die sich zwei Zielen stellte: Brandstiftung der Wirtschaft und Aneignung der Regierungsmacht. Diese Elemente lebten mangels jeglicher Unterstützung in größter Not. Sie glaubten, daß die Zeit gekommen sei, um wieder eine Machtposition zu erreichen. Die Organisation sollte am vergangenen Freitag in Aktion treten, die Polizei war jedoch über das Treiben und die Absichten der betreffenden Personen unterrichtet und hatte rechtzeitig Maßnahmen getroffen. Vor den Wohnungen der Minister wurden Geheimpolizisten aufgestellt und die Mitglieder der Organisation rechtzeitig unschädlich gemacht. Ehe noch irgend etwas unternommen werden konnte, sahen die Teilnehmer hinter Schloß und Riegel. Anlässlich der Verhöre stellte es sich heraus, daß auch nicht aktive und aufrührerische Militärpersönlichkeiten von den Putschplänen gewußt hatten. Diese werden jetzt von der zuständigen Militärbehörde vernommen. Die Fäden der Organisation reichen

bis in die Provinz. Auch hier wurden Haussuchungen und Verhaftungen vorgenommen. Aus den einzelnen Verhören geht hervor, daß die Mitglieder der Organisation ohne jede ernste Führung in Aktion treten wollten.

Es handelt sich um Personen, die zum großen Teil wegen gemeinsamer Verbrechen verurteilt sind, ferner um solche Individuen, die in den irregulären Formationen im „Hotel Britannia“ seinerzeit ihr Unwesen getrieben haben. Im Interesse der weiteren Erhebungen werden die Namen noch nicht bekanntgegeben. Die Untersuchungsbehörde betont jedoch, daß keiner der Teilnehmer an der geplanten Aktion politisch oder sonstwie ernst zu nehmen sei. Die Haussuchungen nach Wasser haben bisher kein Ergebnis gezeigt.“

Die Rumänische Gesandtschaft dementiert.

Warschau, 30. November. (PAT) Das Presse-Bureau bei der Rumänischen Gesandtschaft in Warschau dementiert kategorisch die von der polnischen Presse gebrachte Meldung, nach welcher die Königin Maria von Rumänien bei ihrer angeblichen Begegnung mit der Kaiserin Sisi dieser die Versicherung gegeben hätte, daß Rumänien im Falle der Wiederherstellung der Habsburger in Ungarn oder Österreich neutral bleiben würde.

Ukrainische Republik im Fernen Osten?

Die in Lemberg erscheinende ukrainische Tageszeitung „Gaz“ veröffentlichte am Montag eine sensationelle brieflich aus Charbin empfangene Meldung von angeblichen Absichten Japans, im Ussurigebiet, das vorwiegend von Ukrainern bewohnt wird, eine ukrainische Republik zu bilden. Diese Meldung hat folgenden Wortlaut:

„Es laufen hier hartnäckig Gerüchte über japanische Absichten um, die nationale Unabhängigkeit bewegen unter den sogenannten „Grünen Teil“ bewohnenden Ukrainern zu unterstützen. Vor einer Woche kam aus chinesischen Quellen die Nachricht von der Rückkehr des ukrainischen Führers Morawski und des Führers der Sibirier Schemorikow aus Tokio nach Mukden, vor zwei Tagen aber tauchte plötzlich das Gericht auf, daß sich das japanische Oberkommando an den Attaman Simeonow gewandt und ihm für den Fall, daß die japanische Offensive bis zum Ussurigebiet vorgeschritten sein wird, vorschlagen habe, eine ukrainische Republik mit der Hauptstadt Nikolaiew zu proklamieren. Wie es heißt, ist Simeonow gern darauf eingegangen. Es betonte, daß er selbst ukrainischer Abstammung sei. Tatsache ist, daß mit jedem Schritt der Japaner in nördlicher Richtung diese Meldungen immer hartnäckiger austreten.“

Der „Illustration Kurier Codzieny“ bezeichnet diese Meldung des ukrainischen Blattes als „Lemberger Phantasien“.

Neue deutsche Notverordnung.

Berlin, 2. Dezember. Der Reichspräsident hat auf Grund des Art. 48 Abs. 2 der Reichsverfassung eine neue Notverordnung erlassen, die folgendes bestimmt:

Die Reichsregierung wird bis zum Wiederaufzutreten des Reichstages ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses

1. die Eingangsölze abweichend von den geltenden Vorschriften zu ändern,
2. die vorläufige Anwendung zweisitziger Wirtschaftskommissionen mit ausländischen Staaten zu verordnen.

Verordnungen, die auf Grund des Art. 1 Nr. 1 ergehen, sind dem Reichsrat vorzulegen und auf sein Verlangen aufzuheben. Verordnungen, die auf Grund des Art. 1 Nr. 2 ergehen, sind dem Reichstag vorzulegen und auf sein Verlangen aufzuheben.

Die Verordnung tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Einheitsfront der Marxisten gegen Hitler?

Die Leitung der kommunistischen Partei will dieses Ziel ohne die sozialdemokratischen Führer erreichen.

Berlin, 1. Dezember. (PAT) Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands veröffentlicht einen Aufruf, in welchem die in der Sozialdemokratischen Partei, im Republikanischen Verband des Reichsbanner sowie in den Klassenbernsverbänden organisierten Arbeiter aufgerufen werden, eine gemeinsame Front gegen die drohende Hitler-Diktatur zu bilden. Der Aufruf richtet einen Appell an die Arbeiter, gemeinsam mit den Kommunisten Sturmabteilungen sowie gemeinsame Komitees zum Kampf gegen die Nationalsozialisten ins Leben zu rufen.

Gleichzeitig erklärt in der „Roten Fahne“ der Führer der kommunistischen Partei, Reichstagsabgeordneter Thaelmann, daß die gemeinsame Arbeiterfront unter der Leitung der Kommunistischen Partei Deutschlands ohne die Teilnahme der sozialdemokratischen Führer, ja sogar entgegen ihrem Willen entstehen müsse.

Kommunistischer Antrag auf Einberufung des Reichstages.

Berlin, 1. Dezember. (PAT) Die kommunistische Fraktion hat dem Altesten-Ausschuß des Reichstages einen Antrag überreicht lassen, in dem die Einberufung des Reichstages gefordert wird. Auf die Tagesordnung der Beratungen soll die Aussprache über die Außenpolitik unter besonderer Berücksichtigung des japanisch-chinesischen Konflikts, sowie über die Frage des Austritts Deutschlands aus dem Völkerbund gelegt werden. Außerdem wird in der Interpellation eine Aussprache über den Standpunkt der Reichsregierung gegenüber den fürstlich veröffentlichten nationalsozialistischen Dokumenten in der Frage eines eventuellen Staatsstreichs in Hessen gefordert.

Wasserstandsnotizen.

Wasserstand der Weihie vom 2. Dezember 1931.
Ratzeburg + 1,64, Parchim + 1,80, Wartheau + 1,10, Briesel + 0,89, Thorn + 0,95, Norden + 1,08, Elbe + 0,97, Graudenz + 1,23, Schwerin + 1,50, Bielefeld + 0,86, Dirschau + 0,78, Einlage + 2,18.

Um Montag, dem 30. November,
verstarb nach kurzem Leiden im
hiesigen Diakonissenhaus die

Lehrerwitwe
Frau

Pauline Holz
im Alter von fast 89 Jahren.

Die trauernden
Hinterbliebenen.

Bydgoszcz, den 2. Dezember 1931.

Das Begräbnis findet am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen evang. Friedhofes aus statt.

Es hat Gott dem Herrn gefallen,
am Sonntag, dem 29. November 1931,
meine liebe Frau, unjere treulorgende
Mutter, Schwester, Schwiermutter,
Schwägerin und Tante

4745

Frau

Alwine Bandyt
geb. Noetzel
im 69. Lebensjahre nach kurzem aber
schmerzen Leiden von hier abzurufen.
Im Namen aller Hinterbliebenen

Julian Bandyt.

Bromberg, Magdeburg, Berlin,
den 2. Dezember 1931.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 3. Dezember, nachmittags 2 Uhr von der Leichenhalle des neuen evang. Friedhofes aus statt.

Dr. Adolf Schulz
Facharzt für Ohr, Nase, Hals
Danzig verzogen nach
Langer Markt 11 (Hohenzollern)

10822

Heile veraltete Krankheiten
mit Erfolg, ausschließlich durch die natürliche Heilmethode mit in- und ausländischen Heilkräutern. — und zwar Lungen-Magen- u. Halskrankheiten, Blutsurz, Wunden, Kopfschmerz, Geisteskrankheit Rheumatismus, Schwäche, Verdauungsstörungen, Nerven, Augen, Festsucht u. v. a., Frauenleid, Venerisch, Herstellung von nicht-färbend. Wasser gek. Ergrauen u. Haarausfall, sow. Schinnen. Uebe meine Praxis bereits seit 25 Jahren aus u. a., auch im Ausl. (Rußland, China, Frankr., Schweiz), in Bromberg (Bydgoszcz) seit zehn Jahren nach der Rückkehr aus Sibirien.

4747

Antoni Bogacki
Bydgoszcz, ul. Gdańsk 129.
Empfangsst.: 10-12 vorm. u. 3-4 nachm.

Hebamme
erteilt praktischen Rat.
Distret zugelassen, 4022
Danet, Dworcowa 66. a. d. Geicht. d. Zeitg. erb.

Milena - Zentrifugen
Allerbilligste Preise. 10819

Bequemste Zahlungsbedingungen

Es liegt in ihrem eigenen Interesse, wenn Sie vor Kauf einer Zentrifuge unser Angebot einfordern. Sie kaufen bei uns bedeutend billiger, wovon Sie sich durch eine Anfrage leicht überzeugen können.

Gebrüder Ramme, Bydgoszcz
ul. Sw. Trójcy 14b Telefon 79.

Baubeschläge
Möbelbeschläge
Neumann & Knitter
Stary Rynek.

Tel. 141.

Juli-Bienenhonig
rein unter Garantie.
Brutto in Blechdose.
3 kg zu 10,-, 5 kg zu 14.50, 10 kg zu 27.50, 20 kg zu 52,-, 25 kg zu 57,-, 50 kg zu 110,- verkündigt per Nachnahme inkl. Verpack. u. Postgeb. 1003 J. Winokur, Tarnopol (Małop.), Tarnowskiego 14

Kino Kristal
Beginn: 7 und 9 Uhr.
Freitag und Sonnabend: um 5, 7 und 9. Sonntags ab 3.20.

Heute Dienstag Premiere! Ein Jubiläumstonfilm der Paramount New York, der beispielloses Aufsehen in der ganzen Welt erregt hat, unter Regie des berühmten Josef von Sternberg mit interessantem und logischem Szenarium. Ort der Handlung: 1942 Österreich und Russland im Jahre 1915.

Zum Weihnachtsfest

empfiehlt
mein reichhaltiges Lager in

10850

Pfefferkuchen, Bonbonieren
Weihnachtsmännern
passenden Geschenkartikeln
Marzipan täglich frisch

Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Jan Schachtmeyer

Bydgoszcz

En gros

ul. Kościelna 8

Tel. 681

En Detail

Wir bitten unsere

AUSSTELLUNG
neuzeitlicher Gardinen

zu beachten.

11005

Bracia Hirschel
Dworcowa 12 Haus Pfefferkorn Dworcowa 12
Anfertigung v. modernst. Gardinen u. Dekorationen.

Entbindungs-
Aufenthalt

find. werd. Mütt. sowie
Benion s. Sänglinge b.
Schwester Bertashow.
Danzig Langshur, Ma-
rienstr. 19. I. 10726
Bydgoszcz, Tel. 18-01

Dr. v. Behrens

1000 bearbeitet
allerlei Verträge,
Testamente, Erbsch.
Auflassungen. Hypotheke
löschung, Gerichts- u. Steuer-
angelegenheiten.

Promenada nr. 3
beim Schlachthaus.

Polnischer

Sprachunterricht
für Anfänger u. Fortge-
schritten. Anmeldung,
erbeten Goethestr. 2
ul. 20 Sienkiewicza 20 r.
unter Zimmer 12, 10521

Möbelstoffe

Plüsche
Gobelins

Matratzendelle

moderne Muster bei
größer Auswahl, kauft
man nur im 10707

Spezialhaus

Eryk Dietrich

Gdańska 78/130.

Telefon 782.

Ski, Schlittschuhe

Rodelschlitten

Neumann & Knitter

Stary Rynek.

11007

Telefon 141.

Leder

Blankleder u. Sohlleder

sowie

sämtliche Sattler- und Tapezierer-

Bedarfs-Artikel zu billigsten Preisen

Hanlei Skór dawn. G. Draugelatess,

Bydgoszcz, ul. Niedzwiedzia 7.

500

Clubgarnituren, Chaiselongues

wie sämtliche Polsterarbeiten, la Polite-
ring, werden zu herabgelegten Preisen neu
angefertigt und aufgepolstert. Dekorationen
fertige ich in jeder gewünschten Stilart an.

Tapezierermeister und Dekorateur 4672

Aug. Witt, Bydgoszcz, Gamma 5.

500

Geldmarkt

12-15000 zł.

zur 1. Stelle auf ein

Grundstück, üb. 100 Morgen

Weizenbod. zur Übungs-
stelle.

Lautsprecher zu 45,-, 65,-, 99,-, 125,-,

150,-, 175,-, 225,- usw.

10984

a. d. Geicht. Grudziadz

8900 złoty

a. Goldb. z. 1. Hypoth.

a. Schuldent. Müller.

(Wert mindestens 150000 zł.)

zu 10% ges. Off. u. J. 4747

a. d. Geicht. Grudziadz

8900 złoty

a. Goldb. z. 1. Hypoth.

a. Schuldent. Müller.

(Wert mindestens 150000 zł.)

zu 10% ges. Off. u. J. 4747

a. d. Geicht. Grudziadz

8900 złoty

a. Goldb. z. 1. Hypoth.

a. Schuldent. Müller.

(Wert mindestens 150000 zł.)

zu 10% ges. Off. u. J. 4747

a. d. Geicht. Grudziadz

8900 złoty

a. Goldb. z. 1. Hypoth.

a. Schuldent. Müller.

(Wert mindestens 150000 zł.)

zu 10% ges. Off. u. J. 4747

a. d. Geicht. Grudziadz

8900 złoty

a. Goldb. z. 1. Hypoth.

a. Schuldent. Müller.

(Wert mindestens 150000 zł.)

zu 10% ges. Off. u. J. 4747

a. d. Geicht. Grudziadz

8900 złoty

a. Goldb. z. 1. Hypoth.

a. Schuldent. Müller.

(Wert mindestens 150000 zł.)

zu 10% ges. Off. u. J. 4747

a. d. Geicht. Grudziadz

8900 złoty

a. Goldb. z. 1. Hypoth.

a. Schuldent. Müller.

(Wert mindestens 150000 zł.)

zu 10% ges. Off. u. J. 4747

a. d. Geicht. Grudziadz

8900 złoty

a. Goldb. z. 1. Hypoth.

a. Schuldent. Müller.

(Wert mindestens 150000 zł.)

zu 10% ges. Off. u. J. 4747

a. d. Geicht. Grudziadz

8900 złoty

a. Goldb. z. 1. Hypoth.

a. Schuldent. Müller.

(Wert mindestens 150000 zł.)

zu 10% ges. Off. u. J. 4747

a. d. Geicht. Grudziadz

8900 złoty

a. Goldb. z. 1. Hypoth.

a. Schuldent. Müller.

(Wert mindestens 150000 zł.)

zu 10% ges. Off. u. J. 4747

a. d. Geicht. Grudziadz

8900 złoty

a. Goldb. z. 1. Hypoth.

a. Schuldent. Müller.

(Wert mindestens 150000 zł.)

zu 10% ges. Off. u. J. 4747

a. d. Geicht. Grudziadz

8900 złoty

</div

Bromberg, Donnerstag den 3. Dezember 1931.

Pommerellen.

2. Dezember.

Weitere Verhaftungen von Brandstiftern.

Die Arbeiten der „Fliegenden Brigade“ des Wojewodschafts-Kriminalamts in Thorn, die zum Kampfe gegen die überhandnehmenden Brandstiftungen eingeleitet wurde, sind von weiteren Erfolgen begleitet. Bei einer jetzt erneut vorgenommenen Untersuchung wurde festgestellt, daß Anton Czapliniski aus Omule und sein Sohn Bernard aus Zielkowo sich vor fünf Jahren der Brandstiftung zweier Getreidesäcken zwecks Versicherungsbeitrags schuldig gemacht haben. Für die beiden Schober, die einen Wert von nur einigen hundert Złoty hatten, erhielten sie damals 4000 Zł. von der Versicherung ausgezahlt. Desgleichen stellte sich jetzt heraus, daß der Schwiegersohn des Cz., der in den verbrecherischen Plan nicht eingeweiht war, bei der Rettungsaktion eine Petroleumkanne in dem einen Staken gefunden hatte. Er wurde dann von seinem Schwiegervater fortgeschickt und dieser vergrub die Kanne, um sich damit nicht zu verraten. Czapliniski Vater und Sohn wurden jetzt in Untersuchungshaft gesetzt.

Am Abend des 8. Oktober 1931 zerstörte ein Brand das Wohnhausdach des Landwirts Mieczysław Kleszczyński in Nowy Dwór, wobei etwa 48 Zentner Getreide und andere Gegenstände miteingeäschert wurden und ein Schaden von etwa 2500 Złoty entstand. Das Haus war bei zwei Gesellschaften auf 7800 Złoty versichert. Der Verdacht der Brandlegung richtete sich gegen den Zimmermann Feliz Makowski aus Chroszle, der inzwischen verhaftet und dem Bürgergericht in Neumarkt (Nowemiaslo) zugeführt, von dort aber wieder entlassen wurde. Bei der neuzeitlichen Untersuchung verdächtigte sich der Verdacht wiederum gegen M. und es liegt Grund zu der Annahme vor, daß er das Feuer angelegt hat, um beim Wiederaufbau des Hauses Arbeit zu bekommen. M. steht außerdem im Verdacht, die Brände bei Wrzesiński, Kowalski, Kuzmaraska, Treder und Felski in Chroszle sowie auf dem verpachteten Pfarrgrundstück in Neumarkt angelegt zu haben. Es waren dies hauptsächlich alte und weniger wertvolle Baulichkeiten, die ziemlich hoch versichert waren und die er neu hätte aufbauen können. M. ist jetzt wiederum verhaftet und in Untersuchungshaft genommen wurde, scheint an Pyromanie zu leiden.

Mitte Juni d. J. brannte bei dem Landwirt Bronisław Michałkiewicz in Basta, Kreis Strasburg (Brodnica), das Wohnhaus mit angebautem Stalle ab, wobei zwei Kühe und das tote Inventar umkamen. Das in schlechtem Bauzustand befindliche Haus im Werte von höchstens 2500 Złoty war mit 5000 Złoty versichert; das lebende und tote Inventar mit der Hausratrichtung repräsentierte einen Wert von höchstens 2000 Złoty, war aber bei einer anderen Gesellschaft mit 9000 Złoty versichert. Weil sich bei der ersten Untersuchung die tatsächliche Brandursache nicht feststellen ließ, wurde die Angelegenheit vom Gericht niedergeschlagen. Im Laufe weiterer Nachforschungen ließen gewisse Einzelheiten auf Brandstiftung seitens des M. schließen. M. gab ursprünglich an, das Feuer sei durch Blitzschlag entstanden. Als ihm nachgewiesen wurde, daß an dem Tage kein Gewitter geherrscht habe, änderte er seine Aussage und erklärte Brandstiftung durch einen Fremden als autorend. M. wurde nun noch einmal verhaftet und am 27. v. M. von der Strasburger Strafteilung des Bezirksgerichts wegen Brandstiftung zwecks Versicherungsbeitrags zu 3 Jahren Buchthal verurteilt. Seine Chefan wurde wegen Mangels an Beweisen von dem Verdacht der Mittäterschaft freigesprochen.

Graudenz (Grudziądz).

Standesamtliche Nachrichten. In der Woche vom 23. bis zum 28. November gelangten auf dem hiesigen Standesamt zur Anmeldung: 18 eheliche Geburten (11 Knaben, 7 Mädchen), sowie 3 uneheliche Geburten (2 Knaben, 1 Mädchen), ferner 14 Eheabschlüsse und 7 Todesfälle, darunter 2 Kinder bis zu einem Jahre (beides Knaben). *

Erhöhung des Brotpreises. Der Stadtpräsident hat nach Anhörung der Preisprüfungskommission den Preis für 1 Kilogramm Roggenbrot aus 65prozentigem Mehl auf 44 Groschen festgelegt. Das bedeutet eine Heraufsetzung um 2 Groschen pro Kilogramm. Der neue Preis verpflichtet seit dem 1. Dezember d. J. und gilt als Maximalmaß. *

An die Verlängerung der Registrierausweise der für den Privatgebrauch bestimmten mechanischen Fahrzeuge, die 1928 registriert worden sind, sowie der für die öffentliche Benutzung dienenden Gefährte dieser Art, die bis zum 31. 12. d. J. zu erneuern hat, wird aufständigerseits erneut erinnert. In Grudenz wird die Kommission für die Untersuchung der Autos usw. und die Prüfung von Chauffeurkandidaten am 18. und 19. Dezember d. J. tätig sein. *

M.-G.-B. „Liedertafel“. Nach dem Vorbild aller großen Männergesangvereine hat auch die Liedertafel in der letzten Vorstandssitzung den Besluß gefaßt, sich einen Frauenchor anzuliedern, um der Öffentlichkeit mit der Darbietung größerer gemischter-höriger Werke zu dienen. Für Montag, den 30. November, hatte daher der Verein durch einen Aufruf sangeskundige Damen zwecks Besprechung und Ausführung des Gedankens ins Gemeindehaus geladen. Der Vorsitzende der „Liedertafel“, Franz Welle, begrüßte die Erschienenen, legte diesen Gedanken ihnen auseinander und bat um rege Beteiligung und Propaganda, damit entsprechend zu den 60 Männerstimmen ein mindestens gleichstarker Frauenchor gestellt werden kann. Musikdirektor Hetschko und Oberlehrer Mielke sprachen hierauf noch zu dem gleichen Thema, vertiefend und weiter ausschließend. Es wurde der Besluß gefaßt, den Frauenchor zu gründen und mit dem Proben nach Weihnachten zu beginnen. Das erste gemeinsame Auftreten des Chores soll anlässlich des Haydnfeier stattfinden. Mit dem Wunsche für eine recht geistliche Zusammenarbeit, schloß der Vorsitzende die Versammlung, die als ein besonderer Einschnitt in die nunmehr beinahe siebzigjährige traditionsreiche Vereinsgeschichte der „Liedertafel“ zu werten sein wird. *

* Selbst ein Auto ... Als Diebesbente dient heutzutage fast alles. Sogar ein Lastauto hat die hiesige Firma Auto-Pomoc, Tuszherdom (Tuszewski Grobla) durch die Dreistigkeit von Spitzbüben eingeschüttet.

* Neue Verhaftung in der PePeGe-Affäre. Auf Anordnung des Untersuchungsrichters ist jetzt der Ingenieur David Bagiński, ein Schwager des in Haft befindlichen Generaldirektors Samuel Halperin, festgenommen worden.

* Vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts hatte sich der Landwirt Edward Drózynski aus Rogat, Kreis Graudenz, wegen Besitztum von Getreide, das für die Bank Polny mit Beschlag belegt worden war, zu rechtfertigen. Der Geschäftshof erkannte ihn für schuldig und verurteilte ihn zu einem Monat Freiheitsstrafe.

* Mittels Einbruchs in den Laden wurde bei Alfred Janusz, Unterthornerstraße (Toruńska) 21, für ca. 400 Zł. Kleiderstoff entwendet. Ebenfalls durch Einbrecher, die in den Keller drangen, blieb Wanda Kaczmarek, Brüderstraße (Bracka) 2, eine Menge Eier im Werte von 145 Zł. sowie Fr. Bieliński, Speicherstraße (Spichrzowa) 17, einen Zentner Reis im Werte von 48 Złoty ein.

Vereine, Veranstaltungen ic.

Trotz der schweren wirtschaftlichen Lage hat die frühere Buchhandlung Arnold Kriede, Grudziądz, Mickiewicza 10, einen eigenen Weihnachtskatalog herausgegeben: „Das gute Buch 1931/32. Ein Führer zum guten Buch nebst einer Sonderabteilung „Das gute billige Buch“. Zusammengestellt und mit kritischen Bewertungen versehen von Dr. Horst Kriede“. Aus diesem Titel geht hervor, daß dieser Weihnachtskatalog auch gleichzeitig ein Berater zum guten Buch sein will, und daß hierbei die schönen billigen Ausgaben besonders berücksichtigt werden, die sich heute in den schweren wirtschaftlichen Nöten mehr als je zu Geschäftszwecken eignen. Die Preise sind in Złoty angegeben; es wird hierbei besonders hervorgehoben, daß die Bücherpreise die gleichen wie in Deutschland sind. Dieser Weihnachtskatalog, der auch nach dem Preis für jeden Bücherverein ein schöneswertes Buchberater sein soll, wird auf Verlangen kostenlos frankiert gesandt. (10940 * Wirtschaftsverband stadt. Bernde. Donnerstag Sprechst. 5-7½ Uhr Gold. Löwe. 18965 *)

Thorn (Toruń).

* Rehabilitiert. Das hiesige Bezirksgericht hatte s. St. den Kaufmann Strzelecki aus Thorn wegen Unterschreibung von Wechseln mit dem Namen seines Schwagers zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Infolge der eingelassenen Berufung kam die Sache vor dem Thorner Appellationsgericht erneut zur Verhandlung. Da es sich herausstellte, daß St. von seinem Schwager ermächtigt worden war, so erkannte die Berufungsinstanz auf Freispruch. **

* Im Prozeß gegen die wegen Verstößes gegen das Gesetz über die achtstündige Tagesarbeit angeklagten 16 hiesigen Fleischermeister erfolgt die Urteilsverkündung am Donnerstag. — Einen humoristischen Anstrich bekam die am Sonnabend stattgefundenen Verhandlung durch die Aussagen des Hengen Felix Gostancki, Sekretär der Berufsverbände, von Beruf Stellmacher, der die Fleischereibetriebe „revidiert“ und die Gehilfen „verhört“ hatte, wobei er die „Feststellung“ gemacht haben will, daß in einigen Betrieben bis 10 und 11 Uhr abends gearbeitet wird, wovon er dem Arbeitsinspektor Mitteilung mache. **

* Die städtische Straßenreinigungsverwaltung hat dieser Tage an verschiedenen Punkten der Stadt große hölzerne Kästen aufstellen lassen, in denen Sand zum Streuen bei Glätte aufbewahrt wird. Sie macht gleichzeitig darauf aufmerksam, daß während des Winters keine Flüssigkeiten in die Hausschlämme gegossen werden dürfen, da deren Inhalt dann an den Innenräumen anfriert und die Eimer nicht entleert werden können. Die Müllabfuhrleute haben Anweisung, derartige Hausschlämme unentleert stehen zu lassen. **

* Der Mord in der Löbauer Kirche vor dem Appellationsgericht. Am Montag wurde die bereits einmal vertagte Verhandlung gegen den Täter der abscheulichen Bluttat in der Kirche in Löbau fortgesetzt. Nach der Zeugenvernehmung und den Aussagen der Sachverständigen vertagte das Gericht die Verhandlung abermals bis zum 10. Dezember zwecks Untersuchung des Angeklagten auf seinen Geisteszustand. **

* Zwei Lokomotiven zusammengestoßen. Auf der Station Thorn-Mocker stießen Montag nachmittag zwei Lokomotiven zusammen, wobei eine Lokomotive aus den Schienen sprang. Personen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen. Der Vorfall zog eine halbstündige Verkehrsunterbrechung nach sich. **

* Der Dienstag-Wochenmarkt war infolge des starken Frostes nur wenig besucht und besucht, außerdem waren die Preise — auch anlässlich des Monatsfesten — höher als sonst. Man notierte: Eier 2,20—2,80, Butter 1,60—2,00, Sahne 1,80, Glühwein 0,50—0,60, Kochläuse 0,90—1,00, Pflaumentreude 0,60 bis 0,80, Honig 2,20—2,50, Hasen 6,00 bis 7,00 (gegen 4,50 bis 5,00 am Vormarkt), Rebhühner 1,50, Puten 6,00—7,00, Gänse 4,00—8,00, Enten 2,50—4,50, Hühner 2,00—5,00, Blumenkohl pro Kopf 0,10—0,80, die verschiedenen Kohlsorten 0,10—0,30 pro Pfund, Mohrrüben 0,10—0,15, rote Rüben 0,10, Pastinak 0,20, Wruken pro Stück 0,05—0,20, Kohlrabi 0,30, Zwiebeln 0,15, Apfel 0,10—0,50, Birnen 0,20—0,60, Backobst 0,40—0,70, Zitronen pro Stück 0,10—0,20. **

* Kohlendiebstahl. Auf der ansteigenden Strecke vom Stadtbahnhof zum Bahnhof Thorn-Mocker sprangen Sonnabend nachmittag gegen 5 Uhr in der Nähe des früheren Leibnitzer Tores unbekannte Männer auf einen Kohlenzug, aus dessen Waggonen sie die schwarzen Diamanten neben den Bahnkörpern wälzten. Als die Zugbegleiter dagegen einschreiten wollten, wurden sie mit Steinen beworfen. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet. **

* Dem Polizeibericht an folge wurden am Montag ein kleinerer Diebstahl, 7 bzw. 8 Überretungen polizeilicher Vermalungs- bzw. Eisenbahnvorschriften gemeldet und ferner zwei Personen wegen sittlicher Vergehen verhaftet, sowie eine Person wegen verdeckten Kohlendiebstahls bei der Eisenbahn und ein Betrunkenster festgenommen. **

Hohe Qualität

Niedriger Preis

das sind die Hauptvorzüge der neuen von der Firma Schicht-Lever S.A. erzeugten Toilettenseife



Aus milden Pflanzenölen

US 2-135 P

* Gdingen (Gdynia), 30. November. Über den projektierten Bau eines Getreideelevators in Gdingen erfahren wir, daß die polnische staatliche Agrarbank gegenwärtig die Möglichkeit prüft, ob private Kapital für das Projekt zu gewinnen ist. Selbstverständlich wird sich auch der polnische Staat an der Finanzierung beteiligen. Die Agrarbank hat sich nunmehr, da das nötige Geld auf dem polnischen Markt nicht aufzutreiben ist, mit ausländischen Finanzleuten in Verbindung gesetzt. Die Verhandlungen schwelen noch. Nach dem Projekt soll der Elevator ein Fassungsvermögen von 10000 Tonnen Getreide erhalten, mit der Maßgabe, daß dieses jederzeit auf 15000 Tonnen erhöht werden kann. 80 Prozent der Getreideböden sollen für die Einlagerung von Gerste und 70 Prozent für die Einlagerung anderer Getreidearten bestimmt sein. In einer Stunde sollen mindestens 200 Tonnen Getreide umgeschlagen werden können. Wie uns von informierter Seite gemeldet wird, sollen die Verhandlungen der Agrarbank keine guten Aussichten haben.

d. Gdingen (Gdynia), 1. Dezember. Selbstmord zu begehen versuchte auf dem Dampfer „Premier“ der erste Offizier Zabrodski, wobei er sich lebensgefährlich verletzte. Die Beweggründe sind unbekannt. — Feuer entstand heute mittag im Wohnhouse des Offiziers Bukowski an der Danziger Chaussee. Infolge Undichtigkeit des Schornsteins war der Dachstuhl in Brand geraten. Trockenes Holz ist der entstandene Sachschaden recht bedeutsam. — Einen großen Einbruchsdiebstahl verübten unbekannte Diebe zum Schaden des Händlers Wolf. Mittels Nachschlüssels gelangten die Täter ins Innere der Wohnung und stahlen Kleider, Wäsche und Bargeld im Gesamtwert von 1500 Złoty. — Während des letzten Wochenmarktes stahlen Tashendiebe dem Gießhändler Franckowski auf ungeklärte Weise aus der Manteltasche 100 Zł. und sämtliche Dokumente. — Aus der unverschlossenen Wohnung der Witwe Dulinski stahlen Diebe 120 Złoty, eine goldene Uhr und Wäsche und entkamen unerkannt. Von den Tätern fehlt jede Spur. Der Schaden beträgt 900 Złoty.

* Löbau (Lubawa), 1. Dezember. Brandstiftung. Anfang August d. J. brannte in Mróczek hiesigen Kreises das von 6 Arbeiterfamilien bewohnte Haus des Landwirts Josef Domachewicz nieder, das mit 4000 Złoty versichert war, aber nur einen Wert von 2000 Złoty hatte. Das verbrannte Mobiliar der Bewohner hatte einen Wert von 3150 Złoty und war nicht versichert. Die derzeitige Untersuchung liegt auf Brandstiftung seitens des Dom. schließen, der so vermutlich seine Mieter loswerden wollte. D. wurde damals verhaftet vom Bürgergericht in Neuenburg (Nowe) aber wieder freigelassen. Der Fall wurde jetzt nochmals untersucht und dabei zeigte sich heraus, daß Dom. tatsächlich den Brand angelegt hatte. Er wurde erneut verhaftet und in Neuenburg in Untersuchungshaft gesetzt.

* Neustadt (Wejherowo), 1. Dezember. Kohlengasvergiftung. Der Arbeiter Leon Prange und seine Frau legten unmittelbar vor dem Schlosengehen glühende Torfkohlen in einen eisernen Behälter, um so warm schlafen zu können. Es entwickelten sich Gas und Rauch und die Nachbarn fanden das Paar am Morgen bewußtlos in dem Bett auf. Ein Arzt brachte den Mann bald, die Frau erst nach zwei Stunden zum Bewußtsein.

* Tuchel (Tuchola), 1. Dezember. Einbrecher drangen in die Kassenräume der hiesigen Krankenkasse ein, fanden aber nur 3,45 Złoty in einer Portokasse. Verzweifelt machten sie sich an die Arbeit, den großen Geldschrank aufzubrechen. Die Arbeit weckte aber den Hauswart J. Siemieni. Als die Banditen ein Poltern über sich vernahmen, ließen sie von ihrem Vorhaben ab und verschwanden. Die Polizei sahntet energisch nach den Einbrechern. — Der heutige Wochenmarkt war sehr schwach besucht und beschäftigt. Das Pfund Butter wurde mit 1,70—1,90 und die Mandel Eier mit 2,60—2,80 verkauft. Mastgänse und Mastenten wurden mit 0,90—1,10 pro Pfund abgekauft. Das Euter Brennholz kam 9,50—14,50 und das Euter Torf 8,00—12,50. Das Paar Ferkel wurde mit 18—24 Złoty verkauft.

* Landsberg (Węgorz), 29. November. Auf dem letzten Wochenmarkt kostete das Pfund Butter 1,40 bis 1,60, Eier die Mandel 2,20 bis 2,40. — Auf dem Schweinemarkt brachte das Paar Ferkel 24,00 Złoty. — Erlöschen ist die Geflügelcholera unter den Geflügelbeständen der Arbeiter des Gutes Sosno.

* Zempelburg (Sepólno), 1. Dezember. Auf der am vergangenen Sonnabend vom hiesigen Jagdverein abgehaltenen ersten Treibjagd in diesem Jahre wurden auf dem Niechorzer Gelände von 15 Schützen 24 Hasen zur Stiege gebracht. Jagdkönig mit 6 Hasen wurde der Besitzer Gustav Pahl aus Grünlinde. — Schaden entstand in der Nacht zum Sonntag in dem vor zwei Jahren neuerrichteten Hause des Bäckermeisters Josef

Ossowski, Berlinerstraße. In der Küche der Wohnungsinhaberin des zweiten Stockwerks war infolge der zu niedrig angebrachten Deckenbeleuchtung (Gasglühlampen) die Rohverschaltung nebst Bretterbelag der darüber befindlichen Bodenkammer in Brand geraten. Infolge der ungeheuren Rauchentwicklung erwachte die Mieterin Witwe Xaverina, ohne ansangs den Brandherd feststellen zu können. Erst die sofort alarmierte Feuerwehr konnte den Brand, der anscheinend bereits tagelang unter der Zimmerdecke glimmen nicht eher zum Ausbruch kam, löschen. Einige auf der Bodenkammer befindliche Hausräume und etwas Wäsche stiegen den Flammen zum Opfer.

Jan Danilewski.

Herr Danilewski, der Exponent des sogenannten "Deutschen" Kulturbundes in Polen, ließ in einer besonderen Flugblatt und in den ihm zugänglichen Blättern nach dem Nationalitätenkongress phantastische "Entzüllungen" über die Genfer Tagung und seine angebliche Rolle dort selbst erscheinen. Daraufhin sah sich Dr. Ewald Ammende, der Generalsekretär des Kongresses, genötigt, in der Lodzer "Freien Presse" vom 11. Oktober die folgende Erklärung zu veröffentlichen:

Schr geehrter Herr Kollege!

Heute erst komme ich dazu, Ihnen mitzuteilen, daß alle Behauptungen, daß Herr Danilewski zu unserem Kongress zugelassen war, direkte Unwahrheiten sind. Herr Danilewski hat, wie jeder andere Besucher unseres Kongresses, das Recht, auf den Publikumshänken unseres Kongresses zu sitzen. Man hat ihm die gleichen Auskünfte gegeben, wie allen anderen Interessenten, bis er sich Ungehörlichkeiten erlaubte und von unserem Sekretariat dann entsprechend zurückgewiesen worden ist. Daß Herr Danilewski von den 100 Exemplaren unserer Lagepublikation, die uns zum Kongress für die Delegierten und besonderen Interessenten und Journalisten zur Verfügung standen, kein Exemplar erhalten konnte, ist eine Selbstverständlichkeit. Alle Schlußfolgerungen, die er daran knüpft, sind hinfällig, weil die Publikation ja von vornherein auch für den Buchhandel bestimmt war und nunmehr durch den Verlag Wilhelm Braumüller, Wien, IX., Servitengasse Nr. 5, zu beziehen ist. Unwahr sind desgleichen die übrigen Feststellungen, die Herr Danilewski in seiner zweifellos pathologischen Kennzeichnung aufweisenden Flugblatt macht. So etwa, daß ich mich in Lódz von Herrn Dr. Schweikert habe orientieren lassen, wogegen ich Herrn Schweikert überhaupt nicht gesehen und gesprochen habe. Wenn ich auf Herrn Danilewski, dessen pathologische Vorstellungen in seinem Flugblatt ja die beste Illustration ersahen, in dieser Zeitschrift überhaupt eingehe, so nur, um zu verhindern, daß uneingeweihte Personen durch sein Treiben irregeleitet werden könnten. Nach Herrn Danilewski sind, angesangt vom verehrten Präsidenten unseres Kongresses, dem Südlawen Dr. Wissman, und dem Endesunterzeichneten, das heißt dem Generalsekretär, bis zur Mehrzahl der Delegierten des Kongresses alles gekauft oder bestellte Kreaturen. Augenscheinlich bleibt, wie es scheint, somit nur Herr Danilewski selbst, der nach Genf fuhr, um seine Insinuationen — die man jetzt täglich in bestimmten polnischen Blättern lesen kann — niederschreiben, ein kompletter Ehrenmann.

Hochachtungsvoll

Ewald Ammende.

Das deutsche Lodzer Blatt fügt dieser Zuschrift die folgenden Zeilen zu:

Auf die rüde Art und Weise, wie der sogenannte Danilewski-Kultur-Bund über alles, was den Deutschen von Lódz wert und teuer ist, herfällt, ist man nunmehr auch auf polnischer Seite aufmerksam geworden. Eine Lodzer polnische Zeitung, die "Prawda", erteilt dem rüpelhaften Bund eine Lehre, nach der dessen Herren wohl noch lange die Wangen brennen werden. Der Artikel des genannten Blattes beweist, daß auch jeder anständige Pole von dem eigenartigen "Kultur"-Bund recht weit abrückt.

Die "Prawda" betitelt ihren Artikel "Eine sogenannte Kultur". Darin führt sie die verleumderischen Angriffe des "Deutschen Volksboten", des Organs des Danilewski-Bundes, gegen die Lehrer des Lodzer Deutschen Gymnasiums im Auszug an und bemerkt, daß der Verfasser des Artikels, in dem den Lehrern des Lodzer Deutschen Gymnasiums vorgeworfen wird, daß sie von der Deutschen Regierung bezahlt werden, um die polenseidliche Politik des "Deutschen Volksverbandes" zu fördern, seine Weisheit aus dem "Anderen Deutschland" geschöpft habe. Diese Zeitschrift sei das Organ der deutschen pazifistischen Gruppe, die lediglich der Welt einen riesigen Skandal vorgeführt habe, denn ihre hervorragendsten Führer, wie z. B. der bekannte Professor Förster, seien von ihren Anhängern öffentlich beschuldigt worden, riesige Summen, die die Tschechoslowakei und Frankreich für die pazifistische Propaganda in Deutschland angewiesen haben, angenommen und veruntreut zu haben. Diese Vorwürfe seien vollständig bewiesen worden, und zwar vor Gericht. Mithin stammen die Beschuldigungen gegen die Lehrer des Lodzer Deutschen Gymnasiums aus wenig sauberer Quelle.

Die Direktion des Gymnasiums habe sich an die Redaktion des "Volksboten" mit der Bitte um Nennung der Namen der von der Deutschen Regierung bezahlten Lehrer gewandt. Darauf sei die Antwort erfolgt: "Wir bitten, derartige Versuche, durch Vortäuschung der Unkenntnis der im "Volksboten" beschriebenen Vorkommnisse uns zu verpotten, einzustellen."

Die "Prawda" meint, eigentlich sollte sie der Streit innerhalb der deutschen Minderheit nichts angehen. Wenn aber diese Streitigkeiten Formen annehmen, die mit Rücksicht auf die Ordnung, auf die Moral und die guten Sitten nicht geduldet werden dürfen, so dürfe man nicht schweigen.

In der polnischen Presse sei es bisher nicht vorgekommen, daß eine Anstalt für Jugenderziehung verleumdet wurde, daß gegenüber Lehrern beleidigende und schändliche Verdächtigungen erhoben wurden. Wenn die polnische Presse sich jemals mit irgendwelchen Ungehörigkeiten im Schulwesen befasste, so tat sie das stets in durchaus gehöriger Form... Selbst die radikalsten Parteidarbietungen verstanden es, den gehörigen Abstand zu wahren, wenn es sich um Schulen oder Lehrer handelte, da sie sich der ganzen Ungehörigkeit des Verbrechens bewußt waren, das darin liegt, die Autorität des Erziehers in der Seele des Schülers zu erschüttern...

Die eigenartige Methode, die das Organ des "Kulturbundes" in Polen einzuführen sich bemüht, muß ganz entschieden gebrandmarkt werden. Die Lehrer des Deutschen

Gymnasiums in Lódz sind Bürger der Republik und Erzieher deren künftiger Bürger. Wenn die polnischen Staatsbehörden sie für entsprechend erkannt haben, die Pflichten von Jugendern zu erfüllen, so sind sie dadurch in den Bestand des polnischen Lehrkörpers eingetreten, dessen guter Ruf und Autorität die wichtigsten Grundstüßen der sozialen Ordnung sind.

Keinerlei Rücksichten auf das "öffentliche Interesse" entschuldigen die gegen sie erhobenen schmählichen Verleumdungen; denn — wie aus der Direktion des Gymnasiums erteilten Antwort hervorgeht — weiß man etwas Bestimmtes gar nicht zu sagen. Daher müssen die widerlichen Angriffe des Organs des "Kulturbundes" (!) als zerstörend und demoralisierend bezeichnet werden. Und solche dürfen im Interesse der öffentlichen Moral in unserem Staat nicht gebuhlt werden.

Die Angelegenheit wird ihren Abschluß vor dem Gericht finden. Wir erwarten, daß dort dem, dem sie zu kommen, eine strenge Dektion der guten Sitten, die in Polen verpflichtet, erteilt werden wird."

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden gründlich nicht bearbeitet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementabrechnung beigelegt. Auf dem Kuvert ist der Vermerk "Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

Gustav R. in Gra. Auf solche rein geschäftlichen Anfragen können wir leider Auskunft nicht erteilen und müssen Sie auf den Anzeigeteil der "Deutschen Rundschau" verweisen.

S. P. Grudziądz. Als Vermwalter resp. Aufseher einer Anstalt unterliegen Sie zweifellos der Versicherungspflicht auf Grund des Gesetzes über die Versicherung der geistigen Arbeiter. Die Höhe des Einkommens spielt bei der Entscheidung der Frage der Versicherungspflicht keine Rolle.

Nr. 230. 1. Es kommt darauf an, woran sich ein Alttenteil zusammensetzt, wenn man die Frage seiner Pfändbarkeit oder Arrestbelegung beantworten will. Der Pfändung sind nicht unterworfen: Kleidungsstücke, Betteln, Wäsche, Haus- und Küchengerät, soweit diese Gegenstände für den Bedarf des Schuldners unentbehrlich sind; ferner die für den Schuldner auf 4 Wochen erforderlichen Nahrungs- und Heuerungsmittel oder soweit solche Vorräte auf 2 Wochen nicht vorhanden sind, der zur Beschaffung erforderliche Geldbetrag. 2. Der Schuldner kann den Arrest nur aufheben durch Begleidung der Schulden.

A. H. Grudziądz. 1. Zur 7. Kategorie gehören gewerbliche Betriebe, die bei handwerksmäßigem Betrieb mehr als 4 bis 9 und bei Vermehrung von Motoren über 4 bis 7 Arbeiter beschäftigen. 2. Zur 8. Kategorie gehören Betriebe, die mehr als 1 bis 4 Arbeiter beschäftigen. 3. Wenn ein gewerblicher Unternehmer nur mit seinem Sohne arbeitet, so ist nach dem Rundschreiben des Finanzministers vom 6. Mai 1920 ein Patent nicht nötig. 4. Wenn Ihre Firma im Handelsregister eingetragen ist, dann ist Ihr Sohn als Mitinhaber der Firma einzutragen. Der Steuerbehörde gegenüber empfiehlt sich für etwaige notwendig werdende Verhandlungen eine Anzeige des neuen Sachverhalts. Die Buchführung hat damit nichts zu tun.

A. J. Aus dem Umstande, daß der Schuldner Ihnen bei Rückzahlung des Geldes mit Klage drohte, wenn Sie ihm keine Löschungsfähige Quittung erteilten, geht unzweckhaft hervor, daß Sie die Rückzahlung in dem im August 1920 schon stark entwerteten Gelde nicht nehmen wollten, weil der Wert dieses Geldes bei weitem nicht dem entsprach, was Sie dem Schuldner seinerzeit geliehen hatten. Wenn Sie die Quittung schließlich doch erteilten, so geschah es offenbar nur deshalb, weil bei den damals recht unklaren Rechtsverhältnissen Unannehmlichkeiten irgendwelcher Art befürchtet werden konnten. Sie standen unter Zwang, auf Sie ist also der Satz "volenti non fit injuria" (demjenigen, der einverstanden ist, geschieht kein Unrecht) nicht anwendbar, der bei der einsätzigen Bestimmung des Aufwertungsgesetzes eine wichtige Rolle spielt. Denn Sie waren nicht einverstanden, Ihnen geschah also Unrecht. Wir halten deshalb eine Klage auf Aufwertung nicht für aussichtslos, wenn wir uns auch für einen günstigen Ausgang der Klage nicht verbürgen wollen. Nach dem Gesetz hatten Sie auf eine Aufwertung von 15 Prozent = 1624,05 Zloty Anspruch. Die

18.000 Mark, die Sie im August 1920 zurückhielten, hatten einen Wert von 325 Zloty, folglich stehen Ihnen noch 1299,05 Zloty zu.

3. § 304, I. Wenn es sich um eine Tarifabschlußhypothek handelt, beträgt die Aufwertung der 2000 Mark 15 Prozent = 300,05 Zloty. Die Zinsen werden zu dem seinerzeit vereinbarten Prozentsatz berechnet. Die Zinsen von 1923 und für die erste Hälfte des Jahres 1924 werden zum Kapital geschlagen und mit diesem weiter verzinst, aber erst vom 1. 1. 27 an, da die Zinsen vom 1. 7. 24 bis Ende 1924 verjährt sind. (Am 31. 12. 31 verzehren auch die Zinsen für 1927.) 2. Eine Prälusionsfrist für die Aufwertung ist in der polnischen Aufwertungsverordnung nicht vorgesehen. Das Jahr 1923 spielt nur in dem deutschen Aufwertungsgesetz eine Rolle, und zwar auch nicht als Ausschlußfrist für die Aufwertung, da die letztere bereits erledigt ist, sondern als teilweise Verfallsjahr für Aufwertungshypothesen. 3. Zahlungsmitteil für alle Hypotheken in Polen, mögen sie auf welche Währung immer lauten, ist stets der Notz.

Alter Abonnent 100. Das Mieten landwirtschaftlichen Gesindes erfolgt in der Regel auf ein Jahr; eine Aufzündigung (Losschein) ist trotz der üblichen Vereinbarung beim Mieten: "bis Neujahr" nötig, da, wenn der Losschein nicht erteilt wird, der Mietvertrag als auf ein weiteres Jahr verlängert gilt. Die Kündigung soll bei landwirtschaftlichem Gesinde nur zum Quartalsabschluß erfolgen; die Kündigungsfrist beträgt ein Vierteljahr, doch haben sich auch hier fürzere Kündigungsfristen eingebürgert. Entscheidend ist dabei, daß die Parteien mit den abweichenden Fristen einverstanden sind. Die Kündigung muß aber zum Quartalsabschluß erfolgen.

Elida. 1. Wenn Ihr Sohn das Abiturientenzeugnis nicht erlangt hat, wird er in der Oberschule nicht angenommen. Damit erledigen sich alle hierauf bezüglichen Fragen. 2. Die 200 Mark vom Jahre 1918 hatten einen Wert von 250 Zloty die 800 Mark einen solchen von 666 Zloty, und die 2000 vom August des genannten Jahres einen solchen von 1588,40 Zloty. Wenn es sich bei dem Verein um eine Sparkasse handelt, dann erfolgt Aufwertung nach dem jetzigen Vermögensstand der Kasse, der uns natürlich nicht bekannt ist. 3. Auf der einen Seite sind Sie berechtigt, die angegebene Miete zu fordern, da Sie sich im Rahmen des Gesetzes hält, und Sie könnten gegen den Mieter vielleicht die Ermittlungsklage anstrengen; aber andererseits kann er Ihnen wegen des Durchgangs in der Wohnung Abzüge machen, bis die Reparatur erfolgt ist.

Rundfunk-Programm.

Freitag, den 4. Dezember.

Königsbergerhäuser.

06.30: Gymnastik. 06.45: Konzert. 11.30: Geißelglockenverwertung. 12.05, 14.00: Schallplatten. 15.00: Jungmädchenläufe. 15.40: Briefmarkenfest. 16.30: Konzert. 18.00: Reparationsfrage in der internationalen Diskussion. 19.30: Besuch in der Stadt. Arbeitersozialie. 20.00: "Weihnachtsoratorium". 20.50: Sille Stunde. 21.20: Sinfoniekonzert.

Breslau-Gleiwitz.

06.45: Schallplatten. 11.35, 13.10 und 15.30: Schallplatten. 15.50: Das Bild des Tages. 16.05: Der Hausmusik gewidmet. 16.35: Unterhaltungsmusik. 17.15: Die Zeit in der jungen Dichtung. Prosa von Felix Buttersack. 17.30: Das wird Sie interessieren. 18.05: Die Epoche des Hochkapitalismus in Europa und Amerika. 18.30: Weiter. Ansatz. 19.00: Abendmusik. 20.00: Von Gleiwitz: Allerlei Humor. Heiteres überblick. Sinfoniekonzert. 21.20: Kammerkonzert. 22.45-24.00: Von Berlin: Konzert.

Königsberg-Danzig.

07.00 ca.: Schallplatten. 09.00: Englischer Schulfunk. 12.00 bis 12.55: Königsberg: Schallplatten. 12.00-12.55: Danzig: Schallplatten. 13.05: Blasmusik. 15.45: Kinderfunk. 16.15: Frauenstunde. 17.45: Ländliche Fortbildungsschule: Neuzeit. Futterkonservierung. 18.30: Direktor Dr. Nollau: Neuere Entwicklung der Kunstabakademie Ostpreußens. 19.00: Der unbekannte Schubert. Rudolf Schirmer, Alt. Karl Ninke, Flögel. 19.35: Von Danzig: Hörspielschule: Die blaue Marie. Spiel von Max Ginzick. 20.45: Sinfoniekonzert zum 140. Todestag Mozarts.

Warschau.

14.50, 15.30 und 16.40: Schallplatten. 17.35: Tanzmusik. 18.30: Schallplatten. 20.15: Sinfoniekonzert. Philharmonisches Orchester. Dir.: Magdalena Grecka. Laelia Finneberg, Gesang. 23.00-24.00: Tanzmusik und leichte Musik.

Graudenz.

Ein Füllhalter

der unübertroffen in seinen Vorzügen ist, der sich die Anerkennung der ganzen Welt erobert, ist der

Füllhalter Pelikan

Einheit-preis zl 36.—
Ich bitte die
Schaufenster - Sonderausstellung
zu beachten.

Arnold Kriedte, Grudziądz

Mickiewicza 3 10982 Telefon 85

Puppen

Puppenteile — Puppen-Reparaturen
gut und billig bei
Schikanowski, Friseur,
größte Graudenzer Puppenklinik
Langstr. 14. Geur. 1898.

Stuhlfügel aut. erholt., sein. weich.

C. Küssner, Plac 28 Szczecina Nr. 2 (2 Tr.) 10880

M.-G.-V. „Liedertafel“

Donnerstag, den 10. Dezember 1. Js.

um 20%, Uhr im groß. Gemeindehaussaale:

Konzert

zu Gunsten der Arbeitslosen.

Solistin: Frau Else Daniel-Nolte

Mezzo-Sopran)

Klaviertrio: A. Hetschko (Klavier),

A. Haß (Violine),

W. Sanewski (Violoncello).

Orchester d. deutsch. Privatgymnasiums.

Leitung: Musikdirektor Alfred Hetschko.

Im Programm:

Grieg, H. Kaun, W. v. Baumbach, E. Mattiesen

M. v. Schillings, W. Rinkens,

Eintrittspreise: 2.00, 1.50, 1.00 u. Schüler-

karten 0.50 zl.

Die Plätze sind nummeriert.

Programm mit Liedertexten sind vor dem Konzert zu haben.

Vorverkauf: 10981

Franz Welke, ul. Lipowa 1

Emil Romey, ul. Toruńska 18.

Für den Vorsitz: Franz Welke.

Dauerwellen, ohne

Erlötzität. — Gefahrlos.

Mehrjährige Erfahra.

Wasserwellen

in exalter Ausführung.

Salon A. Orlikowski,

am Tischmarkt 10820</p

Neue Aussagen im Brest-Prozeß. Die P.P.S. gegen den Regierungskurs.

Warschau, 2. Dezember.

In der Montagverhandlung im Brest-Prozeß wurden zunächst einige Zeugen verhört, die den in der Anklageschrift enthaltenen Vorwurf entkräften sollten, daß sich der Angeklagte Mastek während einer Unterredung mit dem Delegierten der Danziger Eisenbahner Lendzion abfällig über Polen geäußert habe. Der Zeuge Lesniewski, Verwalter des Hotels des Eisenbahnerverbandes, stellte auf die Frage der Verteidigung auf Grund des Hotelbuches fest, daß eine Unterredung zwischen Mastek und dem Danziger Eisenbahner-Delegierten in dem in der Anklageschrift bezeichneten Hotel nicht stattgefunden haben konnte. Der Zeuge beantwortete sodann einige Fragen, die auf den Abg. Dubois Bezug hatten.

"Ich war", so erklärte der Zeuge Lesniewski, "von 1927 bis 1929 Bürgermeister in Białystok und bin sowohl mit der Tätigkeit des Abgeordneten Dubois, wie auch mit derjenigen des Wojewoden Kirst in Verbindung gekommen. Ich wurde gefeindlich durch den Wojewoden Kirst meines Amtes entthoben. Abgeordneter Dubois richtete in dieser Angelegenheit ein in einem sehr ruhigen Tone gehaltenes 'Offenes Schreiben' an den Wojewoden, das konkrete Vorwürfe über ungesehliche Handlungen des Wojewoden enthielt. Das Schreiben hatte den Erfolg, daß, als ich mit Dubois beim Wojewoden vorsprach, dieser sehr erregt war und uns nicht empfangen wollte. Das Verhältnis der Verwaltungsbörde des Białystoker Bezirks war anfangs wohlwollend. Später aber begannen die Verfolgungen der PPS, und ganz besonders wurde gegen Dubois gearbeitet. Kirst benahm sich gehässig, ohne Rücksicht auf Sitte und Brauch. Er gestattete Dubois nicht, Versammlungen abzuhalten, er gab anonyme Antworten usw. Abg. Dubois wurde vom Wojewoden Kirst direkt schikaniert."

Der Zeuge führte für diese Behauptung einige konkrete Fälle an und sagte dann weiter aus: "Dubois hat seinerzeit eine Klage bei der Staatsanwaltschaft gegen den Starosten von Ostrowiec, Bałazycki, eingereicht, in der die Tätigkeit des Starosten behandelt und diesem kriminelle Vergehen vorgeworfen wurden. Der Wojewode war sehr ausgebracht, weil er für die Duldung der Vergehen seiner Untergebenen verantwortlich war. Die Vorwürfe wurden durch eine wojewodschafliche Sonderkommission bestätigt. Der Wojewode Kirst hielt jedoch das Untersuchungsergebnis vier Monate lang in seinem Schreibtisch verschlossen. Erst als Sozialkomisski Wojewode wurde, machte man von dem Untersuchungsergebnis Gebrauch, und der Starost wurde verjagt. Bałazycki war übrigens derjenige, der für sich dadurch Reklame machte, daß er angeordnete, in 18 Gemeinden seines Kreises aus Steuerzahldern 18 Denkmäler für Piłsudski aufzustellen.

Da sich der Wojewode Kirst durch die von Dubois eingereichte Klage indirekt angegriffen fühlte, verfolgte und schikanierte er Dubois.

Ich konnte feststellen, mit welcher Versessenheit und Hartnäckigkeit Herr Kirst die Menschen materiell vernichtet und das durchführen konnte, was man in Sowjetrußland die "Liquidierung von Menschen" nennt.

Der Wojewode hat sich auch an mir und meiner ganzen Familie gerächt. Als mich der Wojewode meines Postens entnahm, ließ er mich provisorisch bis zur Ernennung eines Kommissars im Amte. Als ich zu amtierieren aushörte, ließ er mich in Ruhe. Doch als ich in den Zeitungen das Wort ergriff, wurde gegen mich ein Verfahren wegen 40 verschiedener Vergehen eingeleitet. U. a. lagte man mich an, ich wäre aus dem polnischen Heere desertiert. Ich konnte mich vor Gericht mit meinem Militärbuch ausweisen, daß ich zweimal für Tapferkeit ausgezeichnet wurde. Ein Teil der Anklage wurde vom Untersuchungsrichter niedergeschlagen und durch das Gericht wurde ich später von allen Anklagen freigesprochen, weil das Gericht festgestellt hatte, daß die Aussagen der Belastungszeugen erzwungen waren."

Nach der Vernehmung des Zeugen Lesniewski erklärte der Angeklagte Mastek, daß er Lendzion bis jetzt persönlich nicht kenne. Seinen Aussage betrachtete er als einen gemeinen politischen Nachdruck. Lendzion habe seine Aussagen im polnischen Generalkommissariat in Danzig erst 19 Monate nach dem Tage gemacht, an dem das angebliche Gespräch stattgefunden haben soll, als er (Mastek) bereits in Brest saß. Mastek fuhr fort:

"Kostek-Biernacki sagte zu mir: 'Von hier kommen nicht alle raus. Sie sind mir zu lustig!'

Damals also, als ich hinter den Brester Mauern saß und als Lendzion annehmen konnte, daß ich das Tageslicht nicht mehr sehen werde, schleuderte er eine Verleumdung gegen mich, die mir vielleicht noch schmerzlicher war, als es Brest gewesen ist."

Vor dem Richtertisch erschien sodann Karl Makssamin, früher Vorsitzender des Transportarbeiterverbandes. Er berichtete über den Terror, der gegenüber den Verbandsmitgliedern von dem Regierungspartei Dr. Lotiek und seinen Stoßtrupps angewandt wurde. Der Zeuge erwähnte zwei Überfälle, die auf ihn verübt worden seien, wobei sich die Polizei völlig passiv verhalten habe. Durch die letzten Vorfälle sei der Transportarbeiterverband finanziell erschüttert und nehme eine Beihilfe von 400 Zloty monatlich an.

Im Zusammenhang mit der Aussage dieses Zeugen legte Staatsanwalt Nause dem Gericht eine Reihe von Dokumenten vor, unter denen sich photographische Kopien von Briefen, die vom Zeugen Makssamin geschrieben waren, ferner ein authentischer Brief aus der Korrespondenz mit der Transportarbeiter-Internationale in Amsterdam befindet. Der Staatsanwalt betont, daß ihm die Dokumente von der Sicherheitsabteilung beim Warschauer Regierungskommissariat gesichert worden seien. Rechtsanwalt Nowodworski bemerkte dazu, daß diese Dokumente aus dem Jahre 1931 stammen und somit im Sinne der Anklage keine Bedeutung für die Prozeßsache hätten. Rechts-

anwalt Honigwill beruft sich auf die Verfassungsbestimmungen über das Briefgeheimnis und stellt fest,

daß die Dokumente auf illegale Weise in den Besitz des Staatsanwalts gelangt seien.

Zur Beleuchtung der Tatsache, daß das Briefgeheimnis nicht geachtet wird, überreicht Rechtsanwalt Jarosz dem Gericht einen an den Angeklagten Mastek gerichteten Brief aus Danzig, der sichtbare Merkmale dafür aufweist, daß er geöffnet wurde. Auf dem Briefumschlag waren Streifen mit der Aufschrift angeklebt: Beschädigt angekommen.

Staatsanwalt Grabowski meint, daß der Leiter der Sicherheitsabteilung beim Regierungs-Kommissariat, Lissowski, besagt sei, seinen Gewährsmann, der ihm den Brief zur Verfügung gestellt hat, zu nennen. Man könne ihn also vor Gericht zitieren und befragen. Die Empörung der Verteidiger wegen der Verlezung des Briefgeheimnisses sei ungerechtfertigt. Schuld daran seien die Herren aus der PPS, die einen grundsätzlichen Fehler haben: Auf jedem Schrift begegne man unter ihnen einem unsicheren Menschen.

Aus den Mitgliedern der PPS rekrutieren sich die Polizeipihel, die in dem Prozeß ausgesetzt haben.

Als der Staatsanwalt diese Bemerkung machte, entstand unter den Angeklagten ein Entrüstungssstrom. Die Angeklagten Pragier und Dubois erhoben sich von ihren Sitzen und stossen laute Protestrufe aus. Der Vorsitzende ruft sie zur Ordnung, doch die Angeklagten protestieren weiter. Beide Angeklagten wurden wegen Ungehörigkeit vor Gericht zu je 100 Zloty Geldstrafe verurteilt. Nach längerer Unterbrechung beschloß schließlich das Gericht, die vom Staatsanwalt überreichten Dokumente den Alten nicht beizufügen.

Hieraus ließ das Gericht den ehemaligen Abg. Kwasnitski, Vorsitzenden der zentralen Gewerkschaftskommission der Berufsverbände Polens, in den Saal rufen. Auf die Frage der Verteidigung, ob er in der Warschauer Zitadelle eine Rede gehalten habe, erwiderte der Zeuge: "Ich fürchte mich im allgemeinen vor Hinrichtungssplänen. Noch zu frisch sind mir die Erlebnisse des eigenen Lebens in Erinnerung. Durch Urteil des russischen Gerichts war ich zum Tode durch den Strang verurteilt. Neun Tage lang wartete ich auf den Tod. Endlich am zehnten Tage teilte mir mein Verteidiger mit, daß ich auf dem Gnadenweg zu 15 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden sei. Zur Zeit der Freiheit habe ich in dem Staate, für dessen Unabhängigkeit ich kämpfte, zu sprechen gewagt. Dies war am 1. November 1929."

Auch hier im freien Polen hatte der Prokurator das Wort.

Ich sagte zu den Versammelten: "Unsere Genossen, die hier (der Zeuge stand am zehnten Pavillon, nahe am Galgen) mit der Schlinge um den Hals standen, waren mit den Worten: 'Es lebe die Unabhängigkeit, es lebe der Sozialismus!' Sie wären glücklich gewesen, wenn sie es hätten erleben dürfen, daß sich die Arbeiterklasse einst in Polen zu Hause fühlen werde." In diesem Augenblick, da wir schwören wollten, daß wir unseren Idealen treu bleibken werden, fiel der Ruf: "Wez mit Marschall Piłsudski!" Diesen Augenblick vergesse ich nie. Vor mir ließen Frauen und Kinder her, gesagt von der Polizei. Daß sich die Menge beherrschte und friedlich auseinanderging, ist den Genossen Arciszewski, ferner Dubois und Pragier zu verdanken. Ich betone noch einmal, daß weder Dubois noch Pragier Reden gehalten haben sondern ich allein."

Nachdem die Verteidigung auf die Verzichtnahme einer Reihe von Zeugen verzichtet hatte, die übrigen für Montag geladenen Zeugen aber nicht erschienen waren, mußte die Gerichtsverhandlung vorzeitig abgebrochen werden.

Schlesische Wahlproteste.

Der Vizepräsident des Appellationsgerichtes in Katowitz, Dr. Frendl, der gleichzeitig Vorsitzender des Ausschusses für Wahlanglegenheiten ist, hat an den Marschall des Schlesischen Sejms, Wolny, zwei Schreiben gerichtet, aus denen hervorgeht, daß sich das Gericht jetzt mit der Materie der Proteste gegen die Wahlen zum dritten Schlesischen Sejm beschäftigt.

Aus dem Inhalt der Schreiben geht hervor, daß die deutschen Wahlproteste in den Wahlkreisen Katowitz und Königshütte abgewiesen wurden. Ein weiterer polnischer Protest im Wahlkreis Königshütte bleibt ebenfalls unberücksichtigt. Ferner hat sich herausgestellt, daß ein sozialistischer Wahlprotest im Wahlkreis Katowitz von der Hauptwahlkommission überhaupt nicht veröffentlicht wurde, wozu diese nach Art. 85 der Schlesischen Wahlordnung verpflichtet war. Das Appellationsgericht hat diesen Protest der Hauptwahlkommission zur Nachholung der versäumten Amtshandlung zurückgesandt.

Schließlich hat der Ausschuss für Wahlanglegenheiten den deutschen und den sozialistischen Wahlprotest im Wahlkreis Bielsko-Tschew der öffentlichen Sitzung überwiesen. Der Termin für diese öffentliche Sitzung ist auf den 12. Dezember anberaumt worden und zwar wird um 10.30 Uhr der sozialistische, um 11.30 Uhr der deutsche Wahlprotest überprüft werden. Die Sitzungen finden im Appellationsgericht am Platz Wolności statt.

Es ist bedauerlich — so bemerkt dazu die "Narodowa Zeitung" — daß in den Wahlkreisen Katowitz und Königshütte die Wahlproteste aus formalen Gründen unberücksichtigt bleiben durften. Wenigstens kann man nun für den Tschewer Wahlkreis eine materielle Nachprüfung der Wahlvorgänge erwarten. Aber selbst wenn in diesem Wahlkreis Neuwahlen angeordnet werden würden, würde das nicht ausreichen, um das durch den Wahlterror hervorgerufene Unrecht auszugleichen. Es wird deshalb notwendig sein, auf einem anderen Wege allgemeine Neuwahlen zum Schlesischen Sejm zu erwingen.

Muttersprache und Volkszählung.

Die allgemeine Volkszählung, die am 2. Dezember ds. J. in Polen stattfindet, soll ein möglichst großes Spiegelbild der wirklichen Bevölkerungsstruktur Polens werden. Viele Millionen Antworten sollen die Grundlage ergeben, aus dem sich dieses Spiegelbild zeitig löst. Wenn die Antworten genau und der Wahrheit entsprechen werden, dann dürfte das Ergebnis der Volkszählung der Wirklichkeit am nächsten kommen. Alle fehlerhaften und mit der Wahrheit nicht im Einklang stehenden Antworten werden die Reinheiten des Spiegelbildes trüben.

Die in dem Fragebogen gestellten Fragen sind sachlich und schädigen niemanden. Es mag trotzdem Menschen geben, die den im Fragebogen gestellten Fragen gegenüber Vorsicht walten und sich von dem Gedanken leiten lassen, eine genaue wahrheitsgetreue Beantwortung zu umgehen. Die Beweggründe hierzu mögen ganz verschiedener Art sein, je nach Alter, Geschlecht und Stand. Es mögen sich manche daran stoßen (insbesondere Frauen, die an der Nennung des wirklichen Geburtsdatums Anstoß nehmen), andere wiederum mögen vielleicht der Rubrik "Ausbildung" weniger freundlich gegenüberstehen, und nicht zuletzt kann die Fragestellung nach der Konfession, nach Nebenberufen usw. abschreckend wirken. Selbst die Befürchtung, die gemachten Angaben könnten irgendwelchen Behörden (Finanz- oder Verwaltungsbehörden) als Information dienen, müssen, wie wir bereits erwähnten, als unbegründet bezeichnet werden, da die für die Volkszählung gemachten Angaben ausschließlich Geheimgut des statistischen Hauptamtes in Warschau sind, und nur zu statistischen Zwecken Verwendung finden.

Für die deutsche Bevölkerung Polens ist über diese Fragen hinaus eine andere Frage weit wichtiger. Während nämlich bei der Volkszählung im Jahre 1921 nach der Nationalität (Narodowość) gefragt wurde, findet diesmal eine neue Methode Anwendung. Die Frage nach der Nationalität fällt in den am 9. Dezember zur Ausfüllung gelangenden Fragebogen vollkommen fort und es tritt an deren Stelle die Frage nach der Muttersprache. Es können sich allein aus der Verschiedenheit der Ausdrucksweise — im Deutschen "Muttersprache", im Polnischen "język ojczysty", d. h. "Vatersprache" — Unklarheiten ergeben, die für das Ergebnis der Volkszählung keineswegs unbedeutend sind. Indem man hervorgehoben werden, daß in den Anweisungen ein Vermerk enthalten ist, daß als Muttersprache "język ojczysty" diejenige zu gelten hat, welche der betreffenden Person am nächsten steht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Kinder einer deutschen Familie, die eine polnische Schule besuchen, und insgesamt im schriftlichen Gebrauch vielfach nur die polnische Sprache beherrschen, trotzdem zweifellos berechtigt sind, als ihre Muttersprache die deutsche Sprache anzugeben. Die Tatsache ist nicht im mindesten anzweifeln, daß die den Kindern am nächsten liegende Sprache die deutsche Sprache ist, obwohl es die Schulverhältnisse mit sich gebracht haben, daß bei der Beherrschung des Polnischen noch eine gewisse Verherrlichung dieser Sprache im schriftlichen Gebrauch hinzukommt. Jeder Vater wird jede Mutter kann selbstverständlich deutlich verlangen, daß für ihr Kind als Muttersprache "deutsch" eingetragen wird, in vielen Fällen werden die Eltern diese Eintragung sogar selbst vornehmen können.

Auf den Böhlbogen, die am Tage der Volkszählung, dem 9. Dezember, überall ausgefüllt werden müssen, ist unter Spalte 10 auch nach dem Religionsbekennnis ("Wyznanie religijne") gefragt. Für die Glieder der evangelischen Kirche genügt es nicht, diese Frage mit der Bezeichnung evangelisch zu beantworten, sondern es muss auch die rechtliche Zugehörigkeit zu einer Kirche daraus ersichtlich sein. Die Erläuterungen, die zur Volkszählung herausgegeben worden sind, weisen ausdrücklich auf die genauen Bezeichnungen: evangelisch-uniert, evangelisch-augsburgisch und evangelisch-reformiert im Sinne der rechtlichen Kirchenzugehörigkeit hin. Die Glieder der unierten evangelischen Kirche in Polen, zu der die meisten Evangelischen in Posen und Pommern gehören, schreiben also evangelisch-uniert (Evangelische Union). Darauf ist ebenso zu achten, wie auf die Bezeichnung deutsch bei der Rubrik Muttersprache (język ojczysty).

Rundschau des Staatsbürgers.

Die Arbeitszeit in Industrie- u. Handelsbetrieben

In Nummer 101 des "Dziennik Ustaw" vom 25. November 1931 wird das Gesetz vom 7. November 1931 veröffentlicht, durch das einige Bestimmungen des Gesetzes über die Arbeitszeit in Industrie und Handel vom 18. Dezember 1919 abgeändert und ergänzt werden. Nach den eingeführten Veränderungen kann der Ministerrat in Fällen, die durch staatliche oder wirtschaftliche Notwendigkeiten verursacht werden, auf dem Wege von Verordnungen, und auf Grund eines Antrages des Ministers für Arbeit und öffentliche Fürsorge sowie nach Einholung von Gutachten der Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammern, wie auch der Berufsorganisationen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer die Verlängerung oder Kürzung der Arbeitszeit am Tage oder in der Woche gestatten. Diese Verordnungen werden für eine genau bestimmte Zeitdauer, jedoch nicht länger als für ein Jahr erlassen und können die einzelnen Arbeitszweige oder Kategorien der Arbeitswerkstätten auf dem Gebiet des ganzen Staates oder in den einzelnen Verwaltungsbezirken umfassen. Weiter betrifft die Änderung des bisherigen Gesetzes die Strafen wegen Überschreitung der Bestimmungen dieses Gesetzes, sowie der auf ihrer Grundlage erlassenen Verordnungen. Die Überschreitung kann mit Geldstrafe von 200—1000 Zloty, oder mit Haft bis zu drei Monaten, im Falle der Wiederholung der Überschreitung mit Haft für die Dauer von zwei Wochen bis zu drei Monaten geahndet werden.

Die Bestimmungen über die Milderung der in den Strafgesetzen vorgegebenen Strafen werden bezüglich der in diesem Gesetz vorgelesenen Übertretungen in der Zeit bis zum 31. Dezember 1932 keine Anwendung haben. Zur Entlastung bei Übertretungen der Bestimmungen dieses Gesetzes sind die Bezirks-Arbeitsinspektoren berufen. Schließlich umschreibt das Gesetz genau die Verantwortlichkeit der Leitung des Unternehmens oder eventuell des Inhabers. Das Gesetz ist mit dem Tage der Bekanntgabe in Kraft getreten.

Wirtschaftliche Rundschau.

Milliarden-Verluste Frankreichs durch die englischen Schutzzölle.

Paris, 2. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Der "Gesetzgeber" stellt in seiner heutigen Mittwochsausgabe fest, daß die englischen Zollmaßnahmen den französischen Warenaustausch ausschwerste bedrohen. Der Rückgang des französischen Außenhandels wird auf 20 Prozent geschätzt. Die französischen Sachverständigen berechnen eine Schwächung der Handelsbilanz auf etwa eine Milliarde Frank. Davon entfallen auf Industrieerzeugnisse rund 800 Millionen und der Rest auf die landwirtschaftliche Ausfuhr. Die Londoner Verhandlungen würden zweitlos sehr schwierig sein. Man müßte wenigstens versuchen, zu erreichen, daß die englischen Schutzzölle nur vorübergehend aufrecht erhalten bleiben.

Englands Schutzzölle und Deutschland.

Nach dem französischen Schritte unternahm nunmehr auch der deutsche Botschafter im Namen der Reichsregierung einen Schritt in London, um darauf hinzuweisen, daß die neuen englischen Zollzäsuren für die deutsche Wirtschaft "besonders abträglich" seien und deshalb mündliche Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen und der Englischen Regierung über die Zollfrage eingeleitet werden müßten.

Von den 23 Warengruppen, für die England prohibitive Zollzäsuren von 50 Prozent eingeführt hat, gehören allein zehn zu den wesentlichen deutschen Ausfuhrartikeln. Mehr als 30 Prozent der gesamten englischen Einfuhr in diesen Warengruppen kam aus Deutschland. Bei einigen Artikeln sogar die überwiegende Menge. So lieferte Deutschland mehr als 60 Prozent aller eingeführten Tonwaren und Wandfliesen. Die gesamte, von den neuen Zollzäsuren propositio getroffene deutsche Ausfuhr hat sich während des Jahres 1930 auf 150 Millionen Reichsmark belaufen. Textilien nehmen hier einen besonderen Raum ein.

Unter diesen Gesichtspunkten kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß die deutsche Ausfuhr durch die neue englische Zollzeggebung besonders getroffen wird, daß also laut Protokoll zum Handelsvertrag neue mündliche Verhandlungen anberaumt werden müssen. Deshalb hat der deutsche Botschafter das Foreign Office gebeten, eine Delegation zu benennen, mit der zu einem zu vereinbarenden Zeitpunkt die vorgesehenen Besprechungen aufgenommen werden können.

Die Ausfuhr von Federn und ungereinigten Daunen. Die Industrie- und Handelskammer teilt allen interessierten Firmen mit, daß das Ministerium für Industrie und Handel Bedingungen aufgestellt hat, denen aufzufolge vom 1. November d. J. ab die Erlaubnis zur zollfreien Ausfuhr von Federn und ungereinigten Daunen erteilt wird. Und zwar: Exportenre, die eine derartige Erlaubnis zur Ausfuhr solcher Artikel erhalten wollen, müssen der entsprechenden Industrie- und Handelskammer folgende Dokumente vorlegen: 1. Einen bis zum 31. 10. d. J. umfassenden Ausfuhrchein, aus welchem die Menge der exportierten Federn und der im Sinne der verpflichtenden Bestimmungen bearbeiteten Daunen hervorgeht. 2. Eine Abschrift des Gewerbezeichens (Patentes) I. oder II. Handels-Kategorie oder wenigstens der VI. Gewerbe-Kategorie für das laufende Jahr. 3. Den Nachweis einer vorschriftsmäßigen Handelsbuchführung. 4. Einen Auszug aus dem Handelsregister. 5. Die Mitgliedskarte der Vereinigten Feder-Fabrikanten und -Erzeuger Polens. Bei der Ausfuhr von Federn und ungereinigten Daunen aus Geflügel-Schlachthäusern, werden eventuell bestimmte Kontingente eingeführt werden.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Feststellung im "Monitor Polisi" für den 1. Dezember auf 5,9244 Zloty festgestellt.

Der Zinszak der Bank Polisi beträgt 7 1/2% der Lombardzak 8 1/2%.

Tarif over Tore zum 1. Dez. u. V. u. B. Umsätze, Verkauf — Kauft. Belgien 123,95, 124,26 — 123,64, Belgrad —, Budapest —, Bulearest —, Danzig 173,65, 174,08 — 173,22, Helsingør —, Spanien —, Holland 359,00, 359,90 — 358,1, Konstantinopel —, Japan —, Kopenhagen —, London —, 29,08 — 28,92, New York 8,921, 8,941 — 8,901, Oslo —, Paris 34,91, 35,00 — 34,82, Prag 26,48 — 26,36, Riga —, Stockholm —, Schweiz 173,34, 173,77 — 172,91, Tallin —, Wien —, Italien —.

* London Umtage 29,20 — 29,00.

Berlin, 1. Dezember. Amtliche Devisenkurse. New York 4,20 — 4,22, London 13,88 — 13,92, Holland 169,18 — 169,47, Norwegen 77,42 — 77,58, Schlesien 78,17 — 78,33, Belgien 58,89 — 48,51, Italien 21,68 — 21,72, Frankreich 16,47 — 16,51, Prag 12,47 — 12,49, Wien 58,91 — 58,06, Danzig 82,12 — 82,28.

Die Bank Polisi zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,88 Zl., do. II. Scheine 8,87 Zl., 1 Pf. Sterling 28,86 Zl., 100 Schweizer Franken 172,66 Zl., 100 franz. Franken 34,77 Zl., 100 deutsche Mark 209,25 Zl., 100 Danziger Gulden 172,97 Zl., tschech. Krone 26,25 Zl., österr. Schilling — Zl.

Produktionsmarkt.

Getreidepreise im In- und Auslande.

Das Büro der Getreide- und Warenbörse Warschau errechnet die Durchschnittspreise der Hauptgetreidearten für die Zeit vom 22. bis 29. November 1931 wie folgt (für 100 kg in Zloty):

Märkte	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
Inlandsmärkte:				
Warschau	28,75	27,25	27,19	24,75
Kralau	28,25	27,87½	27,50	25,75
Polen	25,68	27,14	28,25	25,62
Leipzig	28,85	26,60	—	25,80
Dublin	26,01	24,54	24,91	23,19
Auslandsmärkte:				
Berlin	47,70	41,60	37,00	31,70
Hamburg	26,53	—	19,54	20,44
Paris	—	—	—	—
Prag	39,86	40,52	34,19	30,50
Brünn	39,34	40,66	34,58	30,10
Danzig	39,26	41,40	50,15	34,38
Wien	23,60	—	—	25,52
Liverpool	—	—	—	—
London	—	—	—	—
New York	—	—	—	—
Chicago	21,45	19,49	19,84	17,44
Buenos Aires	26,84	—	—	26,20

Warschau, 1. Dezember. Getreide, Mehl und Futtermittel. Abschlüsse auf den Getreide- und Warenbörsen für 100 kg. Parität Waggon Warschau: Roggen 27,00 — 27,50, Weizen 28,50 — 29,50, Sammelweizen 28,00 — 28,50, Einheitshafer 25,50 — 26,50, Sammelafer 22,50 — 23,50, Grützerste 24,00 — 24,50, Braugerste 26,00 — 27,50, Bitterbohnen 32,00 — 37,00, Speisefelderben 27,00 — 31,00, Winterrap 35,50 — 37,00, Rottklee ohne Flachsiede 97 Prozent rein 17,00 bis 21,00, Weißklee ohne Flachsiede 97 Prozent rein 25,00 — 37,50, Luxus-Weizenmehl 48,00 — 55,00, Weizenmehl 4/00 43,00 — 48,00, Roggenmehl nach Vorricht 42,00 — 45,00, Roggenchromtrottel 32,00 bis 33,00, grobe Weizenkleie 18,00 — 18,50, mittlere 17,0 — 17,50, Roggenkleie 17,50 — 18,00, Leinfuchen 27,00 — 28,00, Rapsfuchen 21,50 bis 22,50, Sonnenblumenfuchen 40 — 44 Prozent 24,00 — 25,00, Speisefkartoffeln —.

Belebtere Umsätze brachten die Tendenz nicht über den allgemeinen Ruhepunkt hinaus.

Getreideofferungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer vom 1. Dez. (Großhandelspreise für 100 kg.) Weizen 23,25 — 24,00 Zl., Roggen 25,00 — 25,50 Zl., Mahlgerste 21,50 — 22,25 Zl., Braugerste 25,00 — 27,00 Zl., Hafer 23,75 — 24,25 Zl., Speisefkartoffeln — Zl., Kartoffelflocken — Zl., Weizenmehl 70% — Zl., do. 65% — Zl., Roggenmehl 70% — Zl., Weizenkleie 16,00 — 17,50 Zl., Roggenkleie 17,00 — 18,00 Zl., Engrospreise iranto Waggon der Aufgabestation.

Gesamtindustrie: ruhig.

Polens Exporte — eine deutsche Intrige.

(Von unserem Warschauer Wirtschaftskorrespondenten.)

Es gehört in Polen nun schon zum guten Ton, für alles Unglück, das polnischen Angelegenheiten überhaupt widerfährt, ausschließlich Deutschland verantwortlich zu machen. Diese Einstellung in Polen beschränkt sich nicht nur auf die Politik, sondern greift auch auf alle anderen Äußerungen des polnischen Lebens über, besonders stark auf die Wirtschaft. Man ist in Polen der Ansicht, daß Deutschland systematisch die Vernichtung der polnischen Wirtschaft anstrebt und daß alle Umstöße, die besonders in den letzten Wochen und Monaten den polnischen Export trifft, lediglich eine deutsche Intrige ist, eine wirtschaftliche Einkreisung Polens durch Deutschland.

Auch ein für die Ansichten der Kreise der polnischen Schwierindustrie so maßgebendes Blatt wie der Kurier Polisi gibt dieser Einstellung nicht nur in seinen politischen, sondern auch in seinen wirtschaftlichen Ausführungen ganz offen Ausdruck. In diesen Tagen veröffentlichte das Blatt in seinem Wirtschaftsteil einen Leitartikel unter der Überschrift "Wirtschaftliche Einkreisung Polens durch Deutschland", in dem eingangs festgestellt wird, daß in einem Augenblick, wo Verhandlungen über eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich im Gange wären, es endlich an der Zeit sei, daran zu erinnern, daß die ganze Politik Deutschlands seit 6 Jahren absichtlich und konsequent die Schwächung Polens anstrebt, um so mit der Zeit eine Revision der deutschen Ostgrenzen zu erleichtern. Daß die deutschen Regierungen systematisch und immer erfolgreicher den natürlichen und günstigen großen Abflaßmarkt, den für Polen Deutschland selbst darstellt, einschränken, sei eine allgemein bekannte Tatsache. Das polnische Blatt erwähnt in diesem Zusammenhang, allerdings von rein polnischem Standpunkt aus gesehen, die langjährigen Vorgänge um den deutsch-polnischen Handelsvertrag und ist der Ansicht, daß diese Vorgänge den bösen Willen Deutschlands bewiesen. Polen seinerseits hätte stets viel guten Willen bewiesen und den größten Teil seiner Kampfmittel auf wirtschaftlichem Gebiet Deutschland gegenüber nicht ausgenutzt. (Man kann aber mit Recht ganz anderer Meinung sein. — D. R.)

Der "Kurier Polisi" schreibt dann weiter wörtlich:

"Unsere ganze Rückwirkung gegenüber Deutschland hat sich jedoch als zwecklos erwiesen. Die Deutschen wollen den Vertrag mit Polen nicht ratifizieren, was sie kürzlich ganz offen und offiziell erklärt haben, sie haben das Holzprovisorium nicht verlängert, sie besiegen immer neue Produkte polnischer Herkunft mit Zollerhöhungen, sie bemühen sich ständig, durch Zollkontingenze und Präferenzen den Import aus Polen zu diskreditieren (wie beispielsweise beim Butterimport aus Finnland und Getreidesimport aus Rumänien), sie bemühen sich außerdem auf dem ganzen Gebiet Mitteleuropas Polen einzufreien und ihm weitere natürliche Absatzmärkte fortzunehmen. Sie versuchen dies dadurch, daß sie mit den verschiedensten Methoden die einzelnen Abnehmerstaaten polnischer Ware zu Einschränkungen des Imports aus Polen zu bewegen versuchen. Die Handelspolitik Österreichs, die in dem Zeitabschnitt des Phantasielabes des Zollabschlusses, das heißt von März bis Juni d. J. pflichtgemäß, wenn auch verfehlt mit Deutschland zusammen betrieben wurde und zweitlos unter deutschem Einfluß absichtlich antipolnische Ziele verfolgte, führte zur tatsächlichen Bevorzugung des Imports von Schweinen nach Österreich aus Jugoslawien, Ungarn und Rumänien zum Schaden Polens. Die Deutschen selbst verloren bereits seit ein paar Jahren immer stärker ihren Export auf dem österreichischen Markt zu verbreitern, bald bei Kohle, bald bei Schweinen. Das geschieht nicht nur zum Zwecke der absoluten Vergleichung des deutschen Exportes, sondern auch, um Polen seine wirtschaftliche Existenz weiterhin zu erschweren."

Richt ohne volkstümliche Unterredenken versucht Deutschland auch vor kurzer Zeit, sich auf wirtschaftlichem Gebiet stärker zu verbinden mit Hilfe von Präferenz-Zollkonventionen. Allerdings können wie sich nunmehr zeigt, die deutschen Zollpräferenzen zu Gunsten des rumänischen Getreides infolge des Protestes anderer Staaten nicht in Kraft treten, trotzdem tritt aber der ganze übrige

Inhalt des deutsch-rumänischen Abkommens in Kraft. Außerdem ist bereits unzweideutig angekündigt worden, daß man eine andere Methode finden wird, durch die ohne den Protest dritter Staaten die Ziele verwirklicht werden können, die durch die vorhin erwähnten Vorzugszölle erreicht werden sollen, man wird also geheime Präferenzen einführen. Seit Unterzeichnung des deutsch-rumänischen Abkommens werden polnische chemische Artikel auf dem rumänischen Markt viel stärker als früher von der deutschen Konkurrenz verdrängt, was im Zusammenhang mit den geheimen Präferenzen zu stehen scheint. (Nicht etwa mit der Güte der Ware? — D. R.)

Bei einer Beurteilung der Lage auf den nordischen Märkten muß festgestellt werden, daß die letzten Ermäßigungen der Produktionskosten im Ruhrgebiet eher die Stärkung der Konkurrenz der westfälischen Kohle gegenüber der polnischen, als gegenüber der englischen zum Siege habe.

Die vorstehend zitierten Tatsachen genügen bereits (?), um den großen strategischen Wirtschaftsraum Deutschlands, dessen Ziel die Einkreisung Polens ist, kennenzulernen. Selbst die gegenwärtig geführten deutsch-französischen Verhandlungen über ein industrielle Zusammenarbeit könnten angeblich — den Hoffnungen zu, die von einigen mit diesen Verhandlungen verbundenen Kreisen des Reiches geäußert wurden — den Deutschen bei einer weiteren Verstärkung ihrer Absichten befürchtlich sein. Diese Kreise rechnen nämlich damit, daß gerade mit Hilfe des französischen Kapitals und unter französischer Flagge derjenige Teil ihrer Einflüsse in Österreich wieder gewonnen werden kann, der sich gegenwärtig ständig verringert. So paradox dies auch im ersten Augenblick erscheinen mag, muß doch gerade im gegenwärtigen Moment die Ausweitung der französischen öffentlichen Meinung darauf gerichtet werden. Das umso mehr, weil derartige Tendenzen, wie sie die deutschen Kreise hegen, sich, wenn auch selten und in zurückhaltender Form, so doch hier und da bei einigen Abgesandten des sogenannten Stillhaltekonsortiums der westeuropäischen Gläubiger Deutschlands bemerkbar machen, die zeitweise nach Österreich

eingewandert sind. Die letzten Andeutungen des "Kurier Polisi" klingen sehr mystisch. Man kann wohl annehmen, daß sie auf die Vorgänge um die Finanzierung der Sowjetanträge Bezug haben. Wenn Deutschland sich durch Giro der Sowjetrepublik mit denen die Lieferungen der Industrie Polens-Oberschlesiens an Sowjetrussland bezahlt werden, nicht mehr engagiert — was durchaus im Sinne der Aufgaben des Stillhaltekonsortiums liegen könnte — so errettet das, wie wir es kürzlich feststellen konnten, große Unruhe und Unzufriedenheit in Polen. Wenn nun französisches Kapital sich möglicherweise aus dem Wege über Deutschland, um vorläufig einen Kapitalabzug aus Deutschland zu verhindern, zur Übernahme der bisher von den deutschen Banken übernommenen Verpflichtungen bereit erklärt, so ist das dem "Kurier Polisi" zufolge seine Wiederherstellung der allmählich zurückgehenden deutschen Einflüsse in Österreich!

Zu den übrigen Ausführungen des "Kurier Polisi" über die angebliche Einkreisung Polens durch Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiet ist festzustellen, daß an dieser Einkreisung außer Deutschland noch alle anderen Staaten gehören, die mitmachen. Dieser Ideologie aufsäße, beteiligt sich selbst der französische Bundesfonds im Wirtschaftskampf gegen Polen. Wo bleibt die Konsequenz des Schreibers? Die wirtschaftliche Problemstellung ist dabei noch eine andere: Man hat es anscheinend in den meisten Staaten Mitteleuropas und Nordeuropas fast, sich durch einen starken Außenhandel mit Polen das eigene Geld aus dem Lande ziehen zu lassen und beobachtet der Not gehorrend jetzt strenger den Kaufmännischen Grundfaß: "do ut des".

Nährwarenanfuhr nach Frankreich. Die Industrie- und Handelskammer Bromberg gibt zur Kenntnis, daß bei der Ausfuhr von Nährwaren nach Frankreich die Ausstellung eines Ursprungszertifikates überflüssig ist. Nach französischer Interpretation zählen Schinken nicht zu Nährwaren.

Schwine: Gemästete 120—150 Kilogramm Lebendgewicht 100—106, vollfl. von 100—120 Kilogramm Lebendgewicht 92—98, vollfleischige von 80—100 Kilogramm Lebendgewicht 84—90, fleischige Schweine von mehr als 80 Kilogramm Lebendgewicht 76—82, Sauen und läufige Räuber 80—88, Bacon-Schweine 78—82.

Bemerkung: Der Viehmarkt vom 8. Dezember wird auf Donnerstag, den 10. Dezember verlegt.

Danziger Schlachtriebmarkt. Amtl. Bericht vom 1. Dezember. Preise für 50 Kilogramm Lebendgewicht in Danziger Gulden.

Man zahlte für 1 Pf. Lebendgewicht in Goldviennengroschen:

Ochsen: Gemästete höchste Schlachtwerts, jüngere 27—29, ältere —, vollfleischige, jüngere 23—25, andere ältere —.

Bullen: jüngere, vollfleischige oder ausgemästete 20—22, fleischige 18—20.

Rühe: jüngere, vollfleischige, höchste Schlachtwerts 22—24, iontige vollfleischige oder ausgemästete 20—22, fleischige 15—18, gering genährt bis 14, Räuber Kalbin: Vollfleischige 27—29, vollfleischige 23—25.